

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Tag- und Nachtseite.

„Wir mögen die Welt kennen lernen, wie wir wollen, sie wird immer eine Tag- und Nachtseite behalten.“ (Goethe.)

Wieviele schwarze „Prophezeiungen“ sind nicht dem Jahre 1913 vorgeeilt! Doch wird der Lebenskundige und Lebensmütige auch weiterhin ruhig und sicher in die Zukunft schauen in der festesten Ueberzeugung, daß das Erdenleben wie bisher neben der Nacht auch eine Tagseite hat. Und der christliche Gewerkschaftler hat erst recht allen Anlaß, hoffnungstrotz nach vorwärts zu schauen. Ist unsere Bewegung doch aus allen Stämmen, die in der Vergangenheit über sie hereinbrachen, nicht nur ungegeschwächt, sondern innerlich gefestigter und stärker wie vordem hervorgegangen. Was uns das Jahr 1913 bringen wird, wer weiß es? Das eine aber steht fest: Gerade die Auseinandersetzungen über unsere Bewegung, welche in den letzten Monaten die weite Öffentlichkeit beschäftigten, haben tausenden Arbeitskollegen die Augen geöffnet. Ihnen ist kund geworden, daß unsere Bewegung doch anders ist, als wie unsere Gegner sie ihnen dargestellt. Es wird vielfach nur noch des äußeren Anstoßes bedürfen, und Tausende werden gern in unseren Reihen Halt und Sicherheit suchen.

Unsere Stärke liegt in der redlichen Tagesarbeit, im freudigen und zielbewußten Aufbauen und Schaffen in der richtigen und durch die Erfahrung tausendfach bestätigten Erkenntnis, daß dem Arbeiterstande mit dem Niederreihen nicht gedient ist. Trägt jeder Kollege nach besten Kräften und bestem Können auch in diesem Jahre zur Verbreitung dieser Erkenntnis bei, dann wird sich zeigen, daß auch dieses Jahr seine Tagseite hat. Treue Pflichterfüllung jedes einzelnen von uns ist die Hauptsache, die beste Bürgschaft für den ferneren Erfolg unserer Sache.

### Die Metallarbeiterausperrung in Menden und das Verhalten der Sozialdemokratie.

Nach jetzt bereits 15wöchiger Dauer steht der Streit der Kollegen bei der Firma Schmöle u. Co. in Menden noch immer auf dem alten Fleck. Nach wie vor weigert sich die Firma hartnäckig, den bescheidenen Forderungen der Arbeiter entgegen zu kommen. Durch die vom Arbeitgeberverband zur Unterstützung der Firma Schmöle u. Co. verhängte Aussperrung liegen bereits 3 Wochen tausende christlicher Metallarbeiter arbeitslos auf dem Pflaster. Bei der hartnäckig ablehnenden Haltung des Inhabers der Firma Schmöle u. Co. zu den billigen Forderungen der streikenden Arbeiter ist ein Ende des schweren Kampfes auch noch nicht abzusehen.

Stand die Mendener Bürgerschaft von Anfang an voll und ganz auf Seiten der Arbeiter, so nahmen der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und seine Hülfsvereine schon gleich eine mehr als zweifelhafte Haltung ein. Um die Position der kämpfenden Arbeiter zu erschweren, wurde in der roten Presse gar eine angebliche Forderung als Kampfobjekt veröffentlicht in den Vordergrund gehoben, die in Wirklichkeit gar nicht aufgestellt war. Ferner wurde dem ersten Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Hjerlohn des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Genosse Hoffmeister, am 9. Januar vor dem Schöffengericht Menden nachgewiesen, daß er in einer Betriebsversammlung, die sich am 27. August 1912 mit den Differenzen bei Schmöle u. Co. befaßte, den christlichen Arbeitern androhte, die sozialdemokratischen Verbändler anweisen zu wollen, Streikarbeit zu leisten. Das ist vor Gericht festgestellt. Weiter ist es Tatsache, daß, trotzdem die Mendener Metallarbeiterausperrung in ganz Deutschland bekannt und der ganze Bezirk gesperrt ist, sozialdemokratisch organisierte Metallarbeiter in großer Zahl nach Menden zugereist kamen, von denen viele erst durch klingende Münze zur Abreise veranlaßt werden konnten. Bezeichnend für die verabscheuungswürdige Rolle, welche die Sozialdemokratie in Menden gespielt hat, ist folgende Stelle aus der Nr. 45/1912 der Arbeiterzeitung:

„Interessant ist nun, wie sich die sozialdemokratische Presse zu diesem Aussperrungsbeschlusse christlicher Arbeiter stellt. Während das in Menden in Betracht kommende sozialdemokratische Sozialblatt sich zunächst in seiner Rede gegen die christlichen Arbeiterkollegen nicht genug tun konnte, schweigt es sich jetzt, wo es vor der Tatsache des Aussperrungsbeschlusses steht, in allen Tonarten aus. Offenbar weis es noch nicht, welche Stellungnahme nunmehr für seine Interessen bei diesem Arbeiterkonflikt am verteilbarsten ist.“

Durch diese Verrätereien des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und der ihm gesinnungsverwandten Presse, wurden die Interessen der kämpfenden Arbeiter mit Füßen getreten, und die Firma Schmöle u. Co. von vornherein in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt. Weil unter diesen Umständen ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen war, suchte sich ein Teil der Mendener Ausgesperrten in anderen Orten Beschäftigung. Das ist ein natürlicher Vorgang, der sich bei allen größeren Kämpfen wiederholt. Die gleiche Praxis ist seit jeher auch im sozialdemokratischen Lager üblich gewesen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband aber fällt diesen arbeitssuchenden ausgesperrten Arbeitern in den Rücken, und sucht ihnen alle Fabrikturen in Deutschland zu ver sperren.

Weil einige Mendener Arbeiter in Stuttgarter Betrieben angefangen haben, heimleierte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in der roten Presse, ausgesperrte christliche Metallarbeiter seien von der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes als Streikbrecher nach Stuttgart verkauft worden. Und der gerichtlich bloßgestellte Genosse Hoffmeister von Hjerlohn verbreitete ein Flugblatt, das nur so von Unwahrheiten strotzte. Diese Gesellschaft behauptet, einige ausgesperrte Mendener Arbeiter hätten bei der vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in Stuttgart-Ludwigshurg gesperrten Firma Sanitaria um Arbeit angefragt. Aber auch die Metallarbeiterzeitung muß in ihrer letzten Nummer selbst zugeben:

„Mit Sicherheit konnte nicht festgestellt werden, ob welche angefangen haben.“

Wozu also das ganze rote Mordsgewühl über christlichen Streikbruch? Wir wiederholen hier, was wir schon in der vorigen Nummer sagten: Es gilt bei der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes als selbstverständlich, daß die Mitglieder nur dort Arbeit aufsuchen, wo keine Differenzen oder Lohnkämpfe vorliegen. Sollte irgend ein Mitglied Arbeit in einem bestreikten Betriebe annehmen und die Leitung des Verbandes erhält Kenntnis davon, so wird sie ihren Einfluß geltend machen und das Mitglied zum Aufgeben der Arbeit auffordern.

Das ist jedenfalls korrekt gehandelt! Wie aber handelt man im sozialdemokratischen Lager? In Stuttgart-Ludwigshurg pfeifen es die Spakzen von den Dächern, daß selbst Frauen der auf der Sanitaria streikenden Genossen für dieses Werk andauernd Heimarbeit verrichten! Es soll sogar vorkommen, daß streikende Genossen ihren Frauen bei Fertigstellung dieser Arbeit Hilfe leisten, sich also selbst „in den Rücken fallen“. Und eine solche Gesellschaft hat den traurigen Mut, anderen Leuten Streikbruch zu unterstühlen!

Offenbar ist also der Zweck des Mordsgewühls, das der sozialdemokratische Metallarbeiterverband zur Zeit anstimmt, der: 1. will er seine Mitglieder vom eigenen arbeiterverräterischen Treiben ablenken und 2., die Arbeitgeberverbände scharf machen, um den ausgesperrten christlichen Metallarbeitern von Menden jede Erwerbsmöglichkeit aus den Händen zu schlagen. Letztere Absicht beweisen die in unserer vorigen Nummer berichteten skandalösen Vorgänge auf der süddeutschen Kührfabrik in Feuerbach. Für eine solch niedrige Handlungsweise, wie sie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband sich hier zu Schulden kommen ließ, hat jeder anständige Mensch nur ein Pfui!

Welche Leute sind es denn, die jetzt versuchen, den christlichen Metallarbeiterverband herunterzureißen und zu beschimpfen? Das ist ausgerechnet die rote Gesellschaft, die sich seit Jahr und Tag gegenseitig als Arbeiterverräter, Streikbrecher, Schwindler, Lügner u. Brandmarkt! Die Injurien und Gemeinheiten, die diese Selben gegen den christlichen Metallarbeiterverband geistern, bleiben in Wirklichkeit auf ihrer eigenen Weste hängen.

- Wer ließ sich an Gerichtsstelle „Teufeleien und Arbeiterverrat“ bestätigen?
- Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband!
- Wer verübt Streikbruch?
- Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband!
- Wer fällt seinen eigenen Mitgliedern durch Vermittlung organisierter Arbeitswilligen in den Rücken?
- Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband!

Zum Beweise des Gesagten folgendes:  
Das Organ des Solinger sozialdemokratischen Industriearbeiterverbandes „Der Stahlwarenarbeiter“ schrieb in Nr. 38 Jahrgang 1911 unter anderem:

„Spiegel ist bekanntlich der Vorgesetzte der Solinger Ortsbeamten der Metallarbeiter. 1905 stand er auf der Redaktionsbank des „Rathssaals“ und forderte zum Kampf gegen

die Firma Hammesfahr auf, die Mitbeteiligung des Metallarbeiterverbandes zuzuhören. Derselbe Spiegel aber hatte wenige Minuten vorher bei einem Redakteur der „Arbeiterstimme“ gekauften und diesem im Vertrauen gesagt: „Glaubst Du, wir machen da mit!“ — Natürlich machte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nicht mit. Was Spiegel in der Versammlung erklärte, war nur Sand in die Augen der versammelten Masse und der Fachvereinsführer gewesen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband verübte damals den ersten Verrat an der Solinger Arbeiterschaft und Spiegel kann davon erzählen.

Als der Redakteur des „Stahlwaren-Arbeiter“ in Verfolg der Ereignisse des Jahres 1905 wegen Verleumdung des Metallarbeiter-Vorstandes angeklagt war, wurde er zweimal freigesprochen. Bei der dritten Gerichtsverhandlung, nachdem das Urteil des Landgerichts aus formalen Gründen aufgehoben war, unterschrieb Spiegel mit seinem Vorstande einen Vergleich, in welchem er anerkannte, daß Sembler (seinerzeit erster Beamter des sozialdemokratischen Verbandes in Solingen), infolgedessen gehandelt hatte und beide — der Vorstand und Spiegel — das Verhalten Sembler verhindern haben würden, wenn sie über die einschlägigen Verhältnisse informiert gewesen wären! Das unterschrieb derselbe Spiegel, der in höchst eigener Person die Komödie im Kaiseraal aufgeführt hatte!

Wir sagten schon, Spiegel ist der nächste Vorgesetzte des Solinger Metallarbeiterführers. Ihm können deshalb auch die vielen Streikbrüche, welche nachher der Deutsche Metallarbeiterverband in Solingen auf sein Gewissen genommen hat, nicht unbekannt geblieben sein.

Da ist zum Beispiel der Saarmaschinenarbeiterstreik bei der Firma Voos, Brückenstraße, im Jahre 1908, welcher verloren ging, weil der Metallarbeiterverband seine Mitglieder steifen und obendrein seine arbeitslosen Streikarbeit verrichten ließ. 1908 mußte auch die „Arbeiterstimme“ herhalten, zum Streikbruch für die Firma Hammesfahr-Höhe aufzufordern. Die Prekominmission der „Arbeiterstimme“ sah sich genötigt, eine diesbezügliche Beschwerde des Industriearbeiterverbandes als berechtigt anzuerkennen. Bis zum heutigen Tage noch hat der Deutsche Metallarbeiterverband seinen Streikbruch bei der Firma Hammesfahr fortgesetzt!

Streikbruch verübte der Metallarbeiterverband 1910 bei der Firma Dinger, Streikbruch verübte er bei der Firma Webersberg, Kirchbaum und Cie., und die Vereitwilligkeit zum Streikbruch erklärte er im Kampf bei der Firma Carl Kaiser und Co. Der jüngste Streikbruch des Metallarbeiterverbandes ist der bei der Firma Paul Müller, den er sich nicht gesäumt hat, durch Inzerat in der „Christlichen Arbeiterstimme“ vom 21. August selbst kundzugeben!

Also ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsblatt wirft hier dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eine ganze Unmasse von Streikbrüchen vor. Aber es kommt noch schlimmer. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband befehlt einen Betrieb mit seinen Mitgliedern, in dem andere seiner Mitglieder streiken!

Im Organ des sozialdemokratischen „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes“ Nr. 1/1913 schreibt darüber ein früheres Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes folgendes:

„Ein ganzer Trupp im Deutschen Metallarbeiterverband organisierter Mieter und Stemmer traf durch Vermittlung des Kesselschmiedemeisters (welcher eigens zu diesem Zweck nach Schleien gefahren war) von Gleiwitz nach Kattowitz in Wildau ein. Untergebracht wurden diese Leute in einer zum Gelände der Fabrik gehörigen Scheune. Ob irgend welche falsche Vorpiegelungen seitens der Firma den Arbeitswilligen gegenüber angewandt wurden, entzieht sich meiner Kenntnis. Fest steht aber folgende Tatsache: „Als nach Verlauf von mehreren Tagen den Streikposten im Lokal von Schuhmann (Parteilokal) es endlich gelang, mit einzelnen Arbeitswilligen über deren „nützliche Tätigkeit“ Rücksprache zu nehmen, diese sich als im D. M.-V. organisiert legitimierten und behaupteten, von einem Streik in Wildau nichts zu wissen.“ Die Bewunderung unserer streikenden Kollegen über diese unerwartete Auskunft kann sich wohl jeder Leser lebhaft vorstellen. Nachdem die Arbeitswilligen um eine nähere Erklärung für ihre verräterische Tätigkeit befragt wurden, protestierten dieselben ganz entrüstet dagegen, daß man sie als Streikbrecher betrachte, und erklärten: „Vor unserer Abreise nach Berlin haben wir uns eingehend bei unseren Ortsverwaltungen in Gleiwitz und Kattowitz erkundigt und von dort die Auskunft erhalten, daß von einem Streik der Mieter und Stemmer in Berlin nichts bekannt ist, auch in der Verbandszeitung darüber noch nichts geschrieben worden ist, insoweit die Arbeit in Verklarung ruhig angenommen werden kann.“ Auf Anraten der Streikposten, nach Kenntnis der Sachlage, die Arbeit nunmehr wieder niederzulegen, weigerten sich ein ganzer Teil der im D. M.-V. organisierten Streikbrücher mit der Motivierung: „Die streikenden Kollegen mögen sich mit der Ortsverwaltung Berlin des D. M.-V. auseinandersetzen (welche ja den Bezug von den in Frage kommenden organisierten Streikbrüchern verjähret hatte), warum die „intelligenten“ Berliner Beamten nicht in der Lage waren, organisierten Verrat zu verhindern.“ (Aus „aktiven“ Gründen jedenfalls. Der Verfasser.)“



Einer Gesellschaft, die soziale Streitkräfte, Teufeleien und Arbeiterverrätereien auf dem Kerbholz hat, die sich in der Judasrolle wohl fühlt und die die Arbeitgeberverbände gegen die wochenlang auf dem Pflaster liegenden arbeitssuchenden Mendener Kollegen auf den Plan rufen, der steht es fürwahr an, Steine auf den christlichen Metallarbeiterverband zu werfen! Pui Teufel! — Wirklich, der alle sozialdemokratische Führer Ignaz Auer hatte Recht, wenn er von den rheinisch-westfälischen Sozialdemokraten sagte: Ein Engel erfährt mich vor dieser Gesellschaft.

Jeder Metallarbeiter, der noch etwas auf Ehre und Charakter hält, wendet sich von einer dermaßen gekennzeichneten Gesellschaft ab. Es ist unerhört, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit den Arbeiterinteressen umspringt, unerhört, wie er den seit Monaten kämpfenden Mendener Metallarbeitern in den Rücken gefallen ist, unerhört, wie er den Scharfmachern zum Schaden der Arbeiter in die Hände gearbeitet hat. Das soll den Sozialdemokraten nicht vergessen werden.

Die rechte Antwort, die unsere Kollegen allerwärts auf dieses unmwürdige und arbeitverräterische Treiben der Sozialdemokraten geben können, besteht darin, daß wir die unserer Sache noch fernstehenden Metallarbeiter über den wahren Sachverhalt aufklären, und sie zum Anschluß an unseren Verband bewegen. Das ganze Innere eines ehrlichen Menschen bäumt sich ja geradezu auf gegen die skandalöse Art und Weise, wie die Genossen Schindluder spielen mit den Arbeiterinteressen. Kollegen, können wir da noch die Hände in den Schoß legen, als wenn es uns nicht angeht? Nie und nimmer! Wir schulden es uns und unserem Stande, den irregulierten oder noch indifferenteren Arbeitskollegen zu zeigen, daß gehandelt werden muß. Dem Schindluderspiel der Genossen mit den Interessen der Metallarbeiter muß ein Damm entgegengeleitet werden durch die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Jeder von uns ist an der Erhaltung unseres Verbandes gleichermaßen interessiert, jeder ist daher auch zur Mitarbeit berufen und verpflichtet. Kollegen, bedenken wir, wie die Genossen jetzt den Mendener Kollegen in ihrem schweren Kampfe in den Rücken gefallen sind; sollen wir es darauf ankommen lassen, bis uns bei irgend einer Gelegenheit von dieser Seite das Gleiche droht? — Das wollen wir nicht; darum bauen wir beizeiten vor. Stelle jeder sich in den Dienst der Aufklärung und Agitation. Vergessen wir dabei ebenfalls nicht, regelmäßig ein materielles Opfer zu bringen für die tapfer im schweren Kampfe ausharrenden Mendener Kollegen. Die sozialdemokratische Presse war seinerzeit niederträchtig genug, den Mendener Arbeitern im Interesse der sozialdemokratischen Agitation eine Niederlage zu wünschen!

Christliche Metallarbeiter, merkt euch das. Geben wir die rechte Antwort darauf, indem wir für eine allseitige Stärkung unseres Verbandes Sorge tragen!

### Wo stehen die „gelben Häuptlinge“, wo die „gelben Grundzüge“ und wo bleibt das „gelbe Rückgrat“?

Ein Beitrag zur Würdigung der Klage eines gelben Hauptvorstandes gegen den Deutschen Metallarbeiter.

Als gelegentlich des roten Ruffches im Ruhrbergbau im vorigen Frühjahr der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter seinen ablehnenden Standpunkt öffentlich als von gewerkschaftlichen Grundzügen bedingt klarlegte, hatte der gelbe Werkverein die Stirn, von „echt gelben Gedanken“ zu reden. Das geschah natürlich den in der Patsche sitzenden Genossen außerordentlich. Denen ist ja nie eine Quelle zu trüb, wenn es gegen die christlichen Gewerkschaften geht. Bekanntlich führte damals Kollege Schiffer im Reichstagswahlbezirk das gelbe Gefasel wie auch das rote Judianergeräusch bezüglich der „echt gelben Gedanken“ auf ihren wahren Wert zurück. Als christliches Gewerkschaftsorgan hatten wir die Pflicht, unsere Mitglieder über den Stand dieser, gegen unsere Bewegung gerichteten Verleumdungsaktion zu unterrichten. Zu diesem Zwecke veröffentlichten wir u. a. in der „Kampfbanner“ der Nr. 13/1912 unseres Organs eine kurze Notiz, worin es einleitend hieß:

„Die „gelben Häuptlinge“ gedachten bei der Bewegung der Ruhrkohlenbergbau-er Bewegung aufzuklären und sich in empfindliche Erinnerung zu bringen. Gar bald hatten die Sozialdemokraten vom „Werkverein“ den Dreh gefunden. Sie fühlten heraus, daß die Begründung, welche der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter für seine Haltung gab, vernünftig sei und die öffentliche Meinung auf Seiten der christlichen Bergarbeiter war. Davon gingen die „gelben“ etwas mit abkommen. Also, verstanden die „Werkverein“ die Haltung der christlichen Bergarbeiter bereits auf echt gelben Grundzügen... Für die Genossen war das ein gesundes Zeichen. Es sollte eben in ihrer Krone, und so tat die Genossenschaft, als glaubte sie den Gelben das aufs Wort.“ Die Notiz wandte sich dann weiter gegen die gelbe Bewegung in ihrer Gesamtheit, welcher „Grundlosigkeit“ vorgehalten wurde. Schließlich hieß es noch, ein wahrhaft national gesinnter deutscher Arbeiter achte nicht zu „rückgratlosen Memmen“ in einem gelben Verein, sondern in die christlichen Gewerkschaften.

Durch diese Notiz fühlten sich nun neun Herren, darunter Werkmeister, Obermeister etc., die sich als „Hauptvorstand des Bundes deutscher Werkvereine“ bezeichnen, beleidigt und strengten durch zwei Saarbrücker Rechtsanwälte Klage gegen den verantwortlichen Redakteur des deutschen Metallarbeiter beim Schöffengericht in Duisburg an. Nach ihren Behauptungen zu schließen, glauben die neun Kläger, sie seien die „gelben Häuptlinge“, welcher Glaube natürlich bei jedem Kenner der gelben Entwicklungsgeschichte nur Heiterkeit auslösen kann. Werkmeister Krupp meinte sogar im Verhandlungstermin am

9. Januar, mit den „Sozialsekretären vom Werkverein“ sei sein Kollege Kesk, der neben einer Anzahl Doktoren „auch Redakteur am Werkverein“ ist, gemeint. Krupp mag sich beruhigen, wir haben wirklich weder ihn noch Kesk im Verstande, den „Dreh“ wegen der „echt gelben Gedanken“ erfunden zu haben. Das umsoweniger, weil Dr. Sperling seinerzeit im „Arbeitgeber“ für die Anstellung von Akademikern als Sozialsekretäre plädierte, da sich aus gelben Arbeiterkreisen bis dato noch keine führenden Kräfte herausgearbeitet hätten.

Darum sind wir auch anderer Ansicht wie das Duisburger Schöffengericht, welches in der Sache schließlich wegen Beleidigung der neun Kläger durch die Presse auf eine Geldstrafe erkannte. Weil in unserer Notiz von „gelber Grundlosigkeit“ und „rückgratlosen Memmen“ die Rede war, hielt das Gericht eine Beleidigung der Kläger für vorliegend. Wir hingegen sind nach wie vor der Ansicht, daß der Teil des Artikels, in dem sich die nach Ansicht des Gerichts beleidigenden Bemerkungen befinden, so allgemein gehalten ist, daß sich dadurch nicht ein bestimmter Personenkreis persönlich getroffen fühlen kann. Wir werden daher sofort, wenn die Begründung des Urteils vorliegt, Berufung einlegen.

Vorläufig nur einiges Tatsachenmaterial zur Begründung unseres Standpunktes:

#### 1. Wo stehen die „gelben Häuptlinge“?

Antwort: Nicht unter den Arbeitern!

1. Beweis: Die Broschüre „Der nationale Arbeiterverein Werk Krupp“ betont auf Seite 8, daß ein am 9. August 1908 in Essen gegründeter „Nationaler Metallarbeiterverband“ der Vorläufer des Kruppischen gelben Werkvereins gewesen sei. Diese Schriftmacher der Kruppischen Gelben schienen immerhin noch ein Gefühl dafür zu haben, daß sie wenigstens laut Statut irgendwie auch die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in ihren Aufgabenkreis einbeziehen müßten. Als Zweck war denn auch in der Tat u. a. angegeben, den Mitgliedern „Schutz gegen Uebergriffe auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses“ zu gewähren und ihnen „Nutz in allen Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis“ zu erteilen. Das war wenigstens etwas.

Aber selbst dieser bescheidene Schutz auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses verschwand in den späteren Satzungen der Kruppischen Gelben. Als Zweck ihres Vereins gaben sie nur noch folgende drei Punkte an: 1. den nationalen Gewerkschaften zu fördern; 2. seine Mitglieder in geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu heben; 3. das gute Einvernehmen zwischen der Firma Krupp und ihrer Arbeiterschaft zu pflegen.

Das Statut wurde also auf Einwirkung der Protokollanten hin gründlich geändert und mit Absicht alles ferngehalten, was die Mitglieder irgend zu einem selbständigen Vorgehen hätte anregen können.

2. Beweis: Im Jahre 1910 ging der Kruppische gelbe Werkverein dazu über, seine ordentlichen Generalversammlungen nur noch aus Vertretern zu bilden. Bei Feststellung der Aufgaben dieser Vertreter machten sich bei den Gelben wiederum etwas selbständige Regungen geltend. In dem von den Vertretern zu unterzeichnenden Formular war diesen ursprünglich schwarz auf weiß das Recht eingeräumt, auf den Arbeitsstellen auch das Arbeitsverhältnis zu beobachten und etwaige Beschwerden über das Arbeitsverhältnis entgegenzunehmen. Für diese Vertreter wurde zunächst ein Formular hergestellt — das auch bereits fertig angeliefert war — worin es wörtlich hieß:

- „Im einzelnen hat der Vertreter folgende Aufgaben: 1. Die Uebermittlung von Vereinsnachrichten auf mündlichem Wege an die Mitglieder; 2. die Verteilung der Zeitung; 3. die Agitation in dem ihm zugewiesenen Teil des Bezirks; 4. die Beobachtung des Arbeitsverhältnisses im Bezirk und die Weitergabe von Mitteilungen, etwaigen Beschwerden usw. an die Obmänner.“

Die Rechnung war aber ohne die Firma gemacht worden. Als die maßgebenden Leiter des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp, die Firmenvertreter, das Formular mit dem für die Vertreter vorgesehenen Punkt 4 zu Gesicht bekamen, mußten sofort neue Formulare angefertigt werden, aus dem der verhängliche Punkt, die Beobachtung des Arbeitsverhältnisses, sowie die „Entgegennahme von Beschwerden“ gestrichen wurde. In dem neuen Formular wurde der Passus über die Aufgaben der Vertreter wie folgt formuliert:

- „Im einzelnen hat der Vertreter folgende Aufgaben: 1. Die Uebermittlung von Vereinsnachrichten auf mündlichem Wege an die Mitglieder; 2. die Entgegennahme von Mitteilungen, Wünschen und Anträgen von Mitgliedern und Weitergabe an den Obmann; 3. die Verteilung der Zeitung usw.; 4. die Agitation in dem ihm zugewiesenen Teil des Bezirks.“

Man sieht, anstelle des Punktes 4 ist jetzt der Punkt 2 getreten, wodurch die Aufgaben der Vertreter für die Firma weniger unbehaglich sind. Es erhellt aber auch hieraus, wo die „gelben Häuptlinge“ sitzen. Bei dieser unwürdigen Abhängigkeit der Gelben, die sich keine selbständige Regelung gestatten dürfen, ist es uns übrigens unverständlich, wie Männer mit Rückgrat in einer solchen Bewegung mitmachen können.

3. Beweis: Die Firma Falbaer Stanz- und Emailierwerke F. C. Bellinger legte sich vor Jahresfrist zur Hintertreibung der Einigkeit der Arbeiter ebenfalls einen gelben Werkverein und diverse gelbe „Wohlfahrts“-Einrichtungen zu. Der dort so manobriert, zeigt folgender Absatz in § 2 der Satzungen der Pensionkasse:

„Männliche Arbeiter von 20 bis 40 Jahren, welche ab Errichtung der Kasse bei der Firma Falbaer Stanz- und Emailierwerke F. C. Bellinger neu Arbeit nehmen, müssen zusageweise sowohl in die Pensionkasse eintreten, als auch Mitglied des Werkvereins werden.“ Also, die Arbeiter, die bei der Firma Arbeit annehmen, müssen zusageweise dem gelben Verein beitreten. Auch hier zeigt es sich wieder, daß man den sogenannten Vorstandsmitgliedern gelber Werkvereine Unrecht täte, wenn man sie als „Häuptlinge“ bzw. leitende Personen in der gelben Bewegung ansprechen wollte.

#### 2. Wo sind die „gelben Grundzüge“?

Dr. Repler sagt in seiner Schrift über die Arbeitgeberverbände sein Urteil über die Gelben dahin zusammen: „Ein Arbeiter, der auf Solidarität und Standesehre hält, wird sich sein Koalitionsrecht nicht durch Geldspenden der Arbeitgeberchaft abkaufen lassen. Eine Unwahrheit ist es, wenn einzelne dieser gelben Gründungen der Unternehmerschaft sich als „frei“ oder „unabhängig“ ein großer Mißbrauch, wenn sie sich als „national“ oder „religiös“ bezeichnen.“ — Die gelben Organe aber weisen die gelben Mitglieder immer wieder auf die Geldspenden und „Wohlfahrts“-Einrichtungen der gelben Vereine unterhaltenden Firmen hin. Mit aller Rabulistik suchen die gelben Blätter der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Arbeit als unmöglich, ja schädlich, zu verächtlichen und ihr die Opferwilligkeit für eine unabhängige, selbständige Gewerkschaftsbewegung zu verwechseln. — Wohin aber diese „Erziehungsmethode“ der gelben Organe führt, das hat der Vorsitzende des gelben Mecklenburger Gauerverbandes, Har der-Bismar (nach einem Zirkular des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie) am 19. Mai 1912 in Güstrow wie folgt ausgedrückt:

„Mit äußerst scharfen Worten geißelte der Vorsitzende das Verhalten solcher Mitglieder, die möglichst kleinen Pfennig Beitrag bezahlen, dafür aber möglichst viele Gelder aus dem Gauerbande und den Vereinen herausziehen möchten. Derartige Mitglieder, die er mit keinem anderen Namen wie „Parasiten“ und „Blutausauger“ belegen konnte, seien ein Krebsgeschwür für den Gauerband und die Vereine... Die Mäde der Scham kann einem ins Gesicht treten, wenn man die Klagen ehrlicher Mitglieder über die geradezu lächerlich geringe Höhe der Beiträge, die von den einzelnen Vereinen erhoben werden, vernehme; er müsse da die „Genossen“ als Weibel hinstellen, die, ohne mit der Wimper zu zucken, die ungeheuer hohen Gewerkschafts- und Parteibeiträge flaglos bezahlten... Geradezu niederschmetternd sei die erbärmliche Höhe des Gehalts, das an den Geschäftsführer und die Kontoristin gezahlt würde. Hierin müsse unbedingt ein gründlicher Wandel und eine Gesundung eintreten, sonst könnten niemals die gesteckten Ziele erreicht werden... Nur ganze, von heiliger Vaterlands- und Fürstenliebe besetzte Männer können wir in unserm schweren Kampf gegen die heranrückende rote Flut gebrauchen, keine Schwächlinge und Feiglinge, die nur die Vereine und damit den Gauerband als „melkende Kuh“ betrachten...“

Also jahraus, jahrein sucht man den Schäfchen in der gelben Herde vorzurechnen, wieviel Vorteile ihnen die „wirtschaftsfriedliche“, „Arbeiterbewegung“ bietet und wie berrückt sie seien, wenn sie ihre Groschen für die Gewerkschaftsbewegung opfern wollten. Sind die Deutschen aber nun vertrauenselig genug, die Anpreisungen für bare Münze zu nehmen und die gelben Gele für ein Schlackfenland anzusehen, so müssen sie sich zum guten Ende noch aus dem eigenen Lager heraus als „Parasiten“, „Blutausauger“, „Schwächlinge“ und „Feiglinge“ bezeichnen lassen. — Wenn man so etwas nicht als „Grundlosigkeit“ bezeichnen darf, dann fehlt uns wirklich das passende Wort zur Bezeichnung derartiger „Grundzüge“ der gelben Bewegung.

#### 3. Wo bleibt das „gelbe Rückgrat“?

In Nr. 37 vom vorigen Jahre berichtete ein Kollege von der Morhütte in Hofenberg über verschiedene „schöne Züge“ der dortigen Gelben, die uns zur Illustrierung dieser Preisfrage dienen können. Gelbe gestanden es rückhaltlos zu, daß sie ihre Weihnachtspremie nur der Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes verdanken; weiter, daß der gelbe Arbeiterausschuß nur ein Dekorationsstück sei, da er ernstlich nicht einmal für gelbe Mitglieder eintreten dürfe. — Daß diese Leute aber trotzdem nicht den Mut fanden, aus ihrer besseren Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen, mag wohl am gelben „Rückgrat“ liegen.

In dem gleichen Bericht ist auch von einem gelben Arbeiterausschußmitglied die Rede, der sich erlaubte, sein Amt ernst aufzufassen. Er wurde dafür aber an maßgebender Stelle mit der Antwort abgefertigt: „Sie mit ihrem Arbeiterausschußmitglied können mir den Buckel runterrutschen!“ Der Mann hielt über sein Erlebnis nicht reinen Mund und so kam es zu Ohren des gelben „Vorstandes“. Es folgte eine Sitzung. Dort wurde „festgestellt“, daß die anderen nicht gemeint seien — und für die Gelben war die Geschichte erledigt. Nicht aber für die Firma. Sie weiß, was sie den Gelben bieten darf; deshalb wurde der eine, der „gemeint“ war, gekündigt. Und die Gelben ließen sich das ruhig bieten — denn ein Arbeiterausschuß ist ja nur ein „Dekorationsstück“. Was verschlags also, wenn ein Mann, der sich als rückgradfest aufspielen wollte, da herausflog. Solche Leute könnten ja schließlich auch den gelben „Wirtschaftsfrieden“ in Gefahr bringen.

Auch die jüngste Gewerbegerichtswahl in Augsburg hat die Frage nach der Rückgratfestigkeit bzw. Losigkeit der gelben Bewegung wieder aufgerollt. Auf historischem Boden erlitt dort die gelbe Sache einen schmachvollen Zusammenbruch, weil die Gelben bei der Wahl, wo man nicht jedem einzelnen auf die Finger sehen konnte, scharfweise ins rote Lager einströmten. So stimmten in der Maschinenfabrik Augsburg, der bekannten Zuchthütte der Gelben, deren Werkverein 2600 Mitglieder zählen soll, von 2487 Wählern 1472 rot und nur 1005 gelb.

Angeichts dieses gewaltigen Kaufens von Gelben, die hier sozialdemokratisch wählten, lassen wir uns das Recht nicht bestreiten, von gelber Grundlosigkeit zu sprechen. Selbst das Augsburger gelbe Organ jammete nach dem Zusammenbruch: So viele, die sich Gelbe nennen lassen, haben nicht als Gelbe gehandelt.“ Das Blatt hat also auch von der gelben Rückgrat, „festigkeit“ schon die Nase voll. Und wenn wir nach wie vor die deutsche Arbeiterschaft warnen, sich an eine solche Bewegung megzumerfen, so tun wir damit nur unsere Pflicht. Auch die treibenden Kräfte der gelben Bewegung im Unternehmertum, die sich diese zur Hintertreibung



# Kollegen!

Ein Ende des den Mendener Kollegen aufgezwungenen Kampfes ist noch nicht abzusehen. Die Firma Schmöle verweigert hartnäckig jedes Entgegenkommen. Der Arbeitgeberverband hält nach wie vor die Aussperrung tausender unbeteiligter Kollegen aufrecht. — Verdien Kollegen! Unsere Pflicht ist es, die Mendener Kollegen in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Vergesse daher keiner den regelmäßigen Extrabeitrag für die kämpfenden Brüder in Mendene!

einer starken, selbständigen, christlich-nationalen Arbeiterbewegung bisher schon Hunderttausende haben kosten lassen, werden über kurz oder lang einsehen müssen, daß sie sich durch die Aufpöpelung der Gelben schließlich ins eigene Fleisch schneiden. Für uns steht fest, daß in der heutigen Wirtschaftsordnung für eine gelbe Bewegung kein Platz ist und darum auch das gelbe System an seiner inneren Unwahrheit zugrunde gehen muß. In Augsburg brach die Katastrophe zuerst über die Gelben herein, in Essen und anderwärts bröckelte ebenfalls. Wenn die Arbeiter erst einsehen, zu was man sie mißbrauchen will, helfen schließlich weder Scheinwohlfaht, noch Herrenschädeln, noch sonstwas. Ein Arbeiter, der die Sachlage richtig überschaut und ein aufrechter Charakter ist, sucht und findet seine wirtschaftliche Interessenvertretung in den christlichen Gewerkschaften.

## Die Gewerkschaften im Urteile eines Gelehrten und Staatsmannes.

Der langjährige Universitätsprofessor und Reichstagsabgeordnete, nunmehr bayerische Ministerpräsident Dr. v. Hertling hat in seinen „kleinen Schriften“ (Verder, Freiburg) sich wie folgt geäußert: „Für den einzelnen Arbeiter steht der Unternehmer übermächtig gegenüber, nicht aber einer Vereinigung der sämtlichen Arbeitskräfte, auf die er für den Betrieb seines Unternehmens angewiesen ist. Der Einzelne muß die Bedingungen annehmen, wie sie ihm geboten werden; er kann nicht, wie der Kaufmann seine Waren, seine Arbeit solange vom Markte zurückziehen, bis der Preis gestiegen ist; er muß zu jedem Preise verkaufen, weil er aus der täglichen Verwertung seiner Arbeitskraft seinen täglichen Unterhalt zieht.“

Der Unternehmer dagegen ist in der Regel um Arbeitskräfte nicht verlegen, solange die Arbeiter sich untereinander Konkurrenz machen und sich auch bei den denkbar ungünstigsten Bedingungen noch immer genug bereite Hände finden.

Eine organisierte Arbeiterschaft dagegen kann auf die allgemeine Festsetzung der Arbeitsbedingungen Einfluß gewinnen und sie kann den Einzelnen in Stand setzen, einen Arbeitsvertrag nur unter den für ihn vorteilhaften Bedingungen einzugehen. Hierzu bedarf es eines Fonds, der aus den Beiträgen der Mitglieder angeammelt wird, und das Bewußtsein völliger Solidarität der Interessen, sodaß jederzeit einer für alle und alle für einen einzutreten bereit sind. Vereint eine solche Association alle Arbeiter, eines bestimmten Produktionszweiges innerhalb eines größeren Industriegebietes, so wird sie instand sein, dem Wechsel in der Nachfrage nach Arbeitskräften dadurch zu entsprechen, daß sie die Arbeiter von den Orten zurückzieht, wo noch Nachfrage vorhanden ist. Sie wird verhindern, daß das einzelne Mitglied in seinen Forderungen unter das allgemeine Maß heruntergehe, und sie kann bewirken, daß bei steigender Konjunktur auch die Löhne allgemein eine Steigerung erfahren. Wenn ein allgemeines Sinken der Nachfrage eine allgemeine Einschränkung der Produktion unvermeidlich macht, kann sie bewirken, daß dem durch Verkürzung der Arbeitszeit, nicht durch Entlassung von Arbeitern Rechnung getragen wird. Wie auf die Höhe des Arbeitslohnes, kann sie auch auf alle übrigen Arbeitsbedingungen einen maßgebenden Einfluß ausüben. Dabei steht freilich im Hintergrunde als letztes Mittel, den Forderungen Nachdruck zu geben, der Zustand sämtlicher Arbeiter, der sogenannten Streik. Aber man kann nicht sagen, daß dieses Mittel unter allen Umständen und auch, wenn der Zustand nicht mit Kontraktbruch und ebensowenig mit Gewalttätigkeiten verbunden ist, als verwerflich zu brandmarken wäre, aber gefährlich ist es immer und mit Schwierigkeiten für beide Teile verbunden, und den Arbeitern natürlich nur dann die Aussicht auf Erfolg eröffnend, wenn ausreichende Mittel vorhanden sind, die Feiern auch während einer langen Zeit dauernden Arbeitslosigkeit zu unterhalten.

Dieser Schritt (der Association) ist von den englischen Industriearbeitern in erfolgreicher Weise betreten worden. Schritt für Schritt vordringend, im Kampfe mit einer feindlichen Gesetzgebung und dem Uebelwollen der herrschenden Klassen, haben die englischen Gewerkschaften großes erreicht. Ihre Organisation ist unübertrefflich, ihre Forderungen haben sich, zumal in der neueren Zeit, in der Regel als klug und maßvoll erwiesen. Die Politik ihrer Führer geht dahin, die Lebenshaltung der Arbeiter dauernd zu verbessern, daher sie nicht jedes sprunghafte Steigen der Nachfrage für eine Lohnsteigerung zu werten bestrebt sind, ebenso aber auch sich energisch gegen eine Herabsetzung der einmal erreichten Höhe anstemmen. Die Verhandlungen mit den Unternehmern werden durch Ausschüsse geführt, in denen Vertreter der Arbeiter mit den Arbeitgebern gemeinsam beraten. Diese Beratungen selbst haben sich als außerordentlich wohlthätig herausgestellt, sie haben die Unternehmer mit der Klage, den Beschwerden und den Bedürfnissen der Arbeiter bekannt gemacht, sie haben ebenso bei den letzteren die Einsicht in die Verhältnisse vermittelt, von denen mehr als von dem Belieben des einzelnen Unternehmers die Lohnhöhe abhängt, und sie dadurch angeleitet, ihre Forderungen auf das Erreichbare einzuschränken. Außer dem materiellen Erfolg wird ganz besonders diese erzieherische Wirkung gerühmt, welche die Gewerkschaften nach beiden Seiten hin ausgeübt haben.

Da zu der Tätigkeit dieser Vereine auch die Versorgung ihrer Mitglieder in allen Fällen der Arbeitslosigkeit, sowie eine Versorgung der Witwen und Waisen gehört, so hat man als in Deutschland die Arbeiterversicherung der parlamentarischen Diskussion unterzogen, mit großem Nachdruck auf jene Vorbilder hingewiesen und geglaubt, daß auch bei uns eine aus der eigenen Initiative der Arbeiter hervorgegangene Regelung einer durch das Gesetz und die Zwangsgewalt des Staates erfolgten bei weitem vorzuziehen

sein würde. Nach dieser Seite hin hat die Frage heute keine Bedeutung mehr; dagegen ist es ein anderer Punkt, an dem auch noch nach dem Erlaß der staatlichen Arbeiterversicherungsgesetzgebung und der staatlichen Arbeiterversicherung die fortpolitische Association der Arbeiter sich mit Erfolg beteiligen kann; es ist dies die Festsetzung des Arbeitslohnes unter Berücksichtigung der steigenden oder abnehmenden Produktion. Außerdem steht in der staatlichen Arbeiterversicherung auch die Versicherung gegen die aus der Lage des Marktes stammende Arbeitslosigkeit, die sogenannte Krisenversicherung.

Ein wichtiger und erprobter Aufgaben ist sonach kein Mangel, abgesehen davon, daß für eine erfolgreiche Wirksamkeit der in der Gesetzgebung vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse eine Organisation der Arbeiter die notwendige Voraussetzung bildet. Wenn trotzdem die Gewerkschaften, Arbeitervereine nach dem Vorbilde der englischen Gewerkschaften zu gründen, in Deutschland nur geringen Erfolg gehabt haben, so trägt daran ohne Frage die sozialdemokratische Organisation die Hauptschuld. Ihre Vereine wollen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung die Schäden zu heilen versuchen, welche die moderne großindustrielle Produktion der arbeitenden Bevölkerung gebracht hat; diese dagegen (die Sozialdemokratie) erklärt der heutigen Gesellschaftsordnung den Krieg; sie kann ihre Uebel nicht groß genug schildern, sie verhorresziert ausbrüchlich alle Versuche zur Heilung oder Milderung derselben, sie will das Proletariat zur ausschlaggebenden politischen Partei zusammenschweißen und mit ihr das Weltliche in Trümmer schlagen. Sie lehrt ihre Anhänger, nur mit Verachtung auf die Bestrebungen herabzusehen, welche sich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziele setzen, und in düsterer Ueberhebung oder einem Fanatismus, den man lächerlich nennen möchte, wenn er nicht erschreckend wäre, alles Heil von einer Zukunft erwarten, über deren nähere Ausgestaltung man keine Auskunft zu geben vermag, und die man bald als das Ergebnis einer naturnotwendigen Entwicklung, bald als den Siegespreis der Revolution hinstellt.

Die Ernüchterung kann nicht ausbleiben: das goldene Zeitalter des irdischen Arbeiterstimmels wird nicht anbrechen und im offenen Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft wird die letztere sich auf die Dauer als die stärkere erweisen. Daß ein solcher Kampf ein entsetzlicher sein, daß er von furchtbaren Verstörungen auf dem gesamten Kulturgebiete begleitet sein würde, ist gewiß; den schwersten Schaden aber würden die Arbeiter selbst zu tragen haben. Es steht zu bezweifeln, daß eine notwendige, gewalttätige Unterdrückung sozialistischer Erhebungen die Folge haben würde, daß draconische Maßregeln zur Verhütung ähnlicher Vorgänge an die Stelle der heutigen arbeiterfreundlichen Bestrebungen treten würden.

Wo aber die Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kommt, daß durch die revolutionäre Sozialdemokratie ihre Lage nicht gebessert wird, wo sie sich davon Losmacht und bereit ist, ihre organisierte Kraft ausschließlich auf die Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu verwenden, da können Staat und Gesellschaft diesem Bestreben nur die vollste Sympathie entgegenbringen. Schon jetzt kann man den Arbeitern die volle Koalitionsfreiheit nicht verweigern. Hierzu bedarf es weniger der Beseitigung gesetzlicher Hindernisse, die kaum vorhanden sind, als der Ueberwindung des Mißtrauens und der Abneigung in Unternehmerkreisen.

Die letzteren werden sich gut oder übel daran gewöhnen müssen, in den Arbeitern eine wirklich vertrauenswürdigende Macht anzuerkennen, die nicht nötig hat und nicht erwirkt ist, sich auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Wie die mündig gewordenen Völker es nicht mehr ertragen, von jeder Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen zu werden, so erträgt es die moderne Arbeiterschaft nicht, da nicht mitreden zu sollen, wo es sich um ihre nächsten und eintzigsten Interessen handelt, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen.

Auch steht zu hoffen, daß die Beteiligung der Arbeiter hieran durch Vermittlung einer geordneten Arbeitervertretung von günstiger Wirkung für das gegenseitige Einverständnis der Gewerkschaften und gewerblichen Fachvereine feindlich gegenübersteht, wo sie sich nicht ihren Parteizwecken fügen, so dürfte sich umgekehrt eine kräftige Entwicklung dieser letzteren als ein Mittel zur Ueberwindung des sozialdemokratischen Einflusses erweisen.

Die christlichen Arbeitervereine haben bisher geglaubt, denselben direkt bekämpfen zu sollen, indem sie bei ihren den verschiedensten Industriezweigen angehörenden Mitgliedern das christliche Bewußtsein stützen und lebendig erhalten. Man wird dabei nicht stehen bleiben dürfen, sondern zur Gründung von Fachvereinen übergehen müssen, denen die Vertretung der materiellen Interessen der Mitglieder obliegt, während sie zugleich durch ihren christlichen Charakter gegen sozialdemokratische Verführungen geschützt sind.

Bei der gegenwärtigen Diskussion über die Gewerkschaftsfrage erscheint es angezeigt, auf diese wichtige Stimme aufmerksam zu machen und sie in der christlichen Gewerkschaftspressen neuerdings sprechen zu lassen.

## Gelbe Arbeiterverräterei.

Den gelben Goldschreibern des Kapitals ist die erschreckende Befähigung ihrer inneren Völlerei und nationalen Ungebildetheit bei den letzten Gewerkschaftswahlen in Essen und Augsburg derart auf die Nerven geschlagen, daß sie jetzt die gewagtesten Experimente vornehmen, um den verlorenen Nimbus zurückzugewinnen. Sie fürchten mit Recht, daß die reichen Hilfsquellen ihrer eigentlichen Gräber und bisherigen Protektoren verfliegen würden, wenn in der Zukunft immer mehr durch Tatsachen bewiesen wird, daß die angeblich „nationalen“ Werdereine größtenteils nichts anderes sind, als „Blutabsauger“, die wohl außer in grellem „Gelb“ leuchten, im innersten Herzengrunde aber waischichte Anhänger der Sozialdemokratie sind, zu deren Bekämpfung sie angeblich gerundet sein wollen. Nichts muß

ja auch niederschmetternder für die Gelben züchtenden Großindustriellen wirken, als wenn sie durch harte, unüberlegbare Tatsachen zu der Ueberzeugung gezwungen werden, daß die gewaltigen Summen, die sich diese Herren die Züchtung von „Kirchhofsriedlichen“, vermeintlich nationalen Werbereinen kosten lassen, letzten Endes nur der angeblick von ihnen zu bekämpfenden Sozialdemokratie zu Gute kommen.

Weil nun die Gelben in nationaler Beziehung nichts, aber auch rein gar nichts Positives aufzuweisen haben, versuchen sie sich in desto stärkerem Maße bei ihren Auswärtigen in empfehlende Erinnerung zu bringen dadurch, daß sie die Sicherung des Unternehmerprofites selbst auf Kosten armer Arbeiter in geradezu widerwärtiger Weise verteidigen. Alle Bestrebungen nach so schlecht bezahlter Arbeiter, bei den gewaltig gestiegenen Anforderungen an das Arbeiterentkommen einen kleinen Ausgleich durch eine wenn auch nur winzige Lohnsteigerung herbeizuführen, werden von diesen Kapitalsofthochzeiten nicht nur als unbedeutend behandelt, sondern zu alleinigen Ruhm und Frommen des Unternehmergelbbeutels auch noch verspottet und verhöhnt.

Sehr bezeichnend für dies arbeiterfeindliche Gebahren der Kirchhofsriedlichen Gelben ist ein Artikel in der Nr. 2 des Essener Gelbenblättchens „Der Wertverein“ der sich mit dem Kampf der christlichen Arbeiter in Mendene beschäftigt. In Mendene haben die Arbeiter der Firma Schmöle und Co., deren Löhne nach den eigenen Angaben der Firma im Krankentafelbericht in den letzten 4 bis 5 Jahren fast auf der gleichen Höhe stehengeblieben sind, eine geringe Lohnaufbesserung und einige kleinere Verbesserungen, die der Firma fast nichts kosten würden verlangt. Die Lohnaufbesserung würde nach bisher unberücksichtigten Berechnungen, der Firma höchstens 6 bis 8 tausend Mark pro Jahr gekostet haben. Dabei preisen es in Mendene die Schwärzer von den Dächern, daß der alleinige Inhaber der Firma Schmöle und Co. ein Jahresentkommen von über hunderttausend Mark verleierte. Trotzdem also die Lohnaufbesserung für die Arbeiter dringend notwendig und von der Firma sehr gut getragen werden konnte, weigerte sich der Firmeneinhaber rundweg, den Arbeitern auch nur einen Pfennig zu bewilligen. Selbst die „Kölnische Zeitung“, das Organ der Industriellen, des hiesigen lange Rechtfertigungsversuche für die Firma Schmöle gebracht hat, schrieb in ihrer Nr. 23, von diesem Jahre, daß „ihnen (den Arbeitern) nichts bewilligt worden ist.“

Was sollten nun die Arbeiter, nachdem alle friedlichen Mittel zur Erlangung der so dringend notwendigen Lohnsteigerung sich als erfolglos erwiesen hatten, tun? Nach Ansicht der gelben Kapitalverteiler natürlich: sich bucken und dem Unternehmer dankbar sein, der seinen Profit höher stellt wie eine zufriedene Arbeiterschaft. Das haben nun die Arbeiter, die zum großen Teil im christlichen Metallarbeiterverband organisiert waren, nicht getan, sondern einige Abteilungen, ungefähr 70 Arbeiter, reichten die Kündigung ein. Antwort des Herrn Schmöle: Kündigung der übrigen Arbeiter, als das noch nichts nützte, verkündigte der Unternehmerverband zuerst die Aussperrung der Organisierten, dann die General-Aussperrung. Also die bestschändlichsten Forderungen der Arbeiter werden von den Unternehmern mit den brutalsten Machtmitteln die man sich denken kann, niedergelämpft! Ein Herrenstandpunkt, wie er krasser kaum jemals zum Ausdruck gekommen ist.

Und das Organ einer angeblichen Arbeitervereinigung fürdet dies alles nicht nur durchaus in der Ordnung, sondern hat auch für die betroffenen Arbeiter nichts anderes als Hohn und Spott übrig! Um seine absolute Seelenverwandtschaft mit der Sozialdemokratie zu beweisen, greift es die verlogenen Mägchen der sozialdemokratischen Presse gegen die christlichen Arbeiter von Streikbruch etc. umsehen auf und kolportiert sie zum Nutzen des Scharfmachertums geflissentlich weiter.

Wahrlich ein Bild zum malen! Die Kirchhofsriedlichen, sogenannten nationalen Werbereine Arm in Arm mit den radikalsten Genossen und den erbittertesten Scharfmachern zur Bekämpfung der christlichen Arbeiter. — Der gelbe Wertverein, Genosse Hoffmeister und die Handstelle Deutscher Arbeitgeberverbände — ein wunderbares Dreigestirn.

Auf das Gestammel des gelben Subelblättchens irgendwie einzugehen, hieße diesem Ritterorden von der traurigen Gestalt zuviel Ehre antun. Wir bedauern nur die armen gemäßigten Mitglieder, die es sich bieten lassen, daß derart mit ihren eigenen Interessen zum Nutzen des Scharfmachertums und der Sozialdemokratischen Schindluder getrieben wird.

Durch derartige Ausfälle von gutbezahlten Unternehmerkreuren werden sich die christlichen Arbeiter natürlich ebensowenig wie durch das wütende Geschimpfe der Genossen abhalten lassen, unermüßlich an dem weiteren Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten — zum Nutzen der Arbeiterschaft.

## Allgemeine Rundschau.

### Der Fuldaer Diözesanbelegiertentag der katholischen Arbeitervereine gegen die Gelben.

Der am 15. Dezember in Fulda abgehaltene Delegiertentag der kath. Männer- und Arbeitervereine beschäftigte sich eingehend mit der Gewerkschaftsfrage. Sowohl im Referat wie in der Diskussion wurde einhellig die Ansicht vertreten, daß in der Diözese Fulda als wirtschaftliche Interessenvertretung für katholische Arbeiter nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kämen. Diese in jeder Weise fördern und stärken helfen, müsse die nächste Aufgabe aller angehörenden Vereine sein. Die gelbe Bewegung mache sich, zumal auch in letzter Zeit in Fulda, in einer hemmenden Weise für die freie Betätigung des Arbeiterstandes bemerkbar. Der Delegiertentag müsse also eine klare Stellungnahme gegenüber den Gelben herbeiführen.

Ein Diskussionsredner brachte geradezu erschütterndes Material gegen die Gelben vor. Ein vor Jahresfrist in Fulda gegründeter gelber Wertverein habe heute schon für die meisten der Arbeiter ein Hemmnis in ihrer ganzen Existenz. Trotzdem das Werk bei der Gründung in Flugblätter und in einem Rundschreiben an die Pfarren der umliegenden Landgemeinden bestritt, irgendwie die Arbeiterschaft an den Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage hindern zu wollen, es ist, wie wir angedeutet, gekommen. Die



Werke anfangen wollte, mußte gleichzeitig dem gelben Werkverein beitreten. Alles, was vor Jahresfrist in öffentlichen Versammlungen von christlichen Arbeiterführern über das Wesen der Gelben gesagt wurde, sei hier eingetroffen.

Wie es um die im gelben Statut vorgesehene „Wohlfahrt“ bestellt sei, zeige folgendes: Den Gelben, die es wünschten, wurden letzten Herbst Kartoffeln geliefert. Die Leute machten ihre Bestellungen in der Annahme, die Matenabzüge würden so bemessen, daß sie ihren sonstigen Verpflichtungen als Familienvater nachkommen könnten. Sie hatten sich aber schwer geteilt. Unbarmherzig wurde am Lohn soviel einbehalten, als eben möglich war. So hätten sich denn Arbeiter beklagt, daß sie an einem Lohntage mit 3 bis 4 Mark und weniger, einer darunter sogar mit 7 Pfennigen und andere mit leerer Lohnbülte nach Hause geschickt worden seien. Wie ein so abgefertigter Arbeiter da noch Hausmiete zahlen und notwendige Anschaffungen für seine Familie machen könne, sei das Geheimnis der gelben Protoktoren. Bis zum nächsten Zahlungstag in 14 bis 16 Tagen sei ein solcher Arbeiter gezwungen, im Werkkonsum zu hängen. Aber auch dort erhalte er nur bis zum Betrage des bereits verdienten Lohnes Kredit, damit die gelbe „Wohlfahrtsanstalt“ auf jeden Fall zu ihrem Gelde komme.

Beim Ausflug des gelben Werkvereins im letzten Sommer hingegen solle das Bier nur so in Strömen geflossen sein. Die Rückfahrt habe dann auch selbst nach der Ansicht hoher Protoktoren ein „Gepräge“ erhalten, daß man sich freien Menschen gegenüber eigentlich hätte schämen müssen. „Einmal und nicht wieder“, habe es da geheissen. Trotzdem werde sich bei der bevorstehenden Christbaumfeier mancher Gelbe wieder mit einer Zunderbülte befähigen lassen und den inneren Grimm über die ihm aufgezwungene Knechtschaft für einen Augenblick überwinden. Aber nachher steht er doch wieder vor der niederdrückenden Tatsache, als Gelber auf das Höchste, auf seine Freiheit zum eigenen Schaden verzichtet zu haben.

Ein Arbeiterpräses begründete seine ablehnende Haltung gegenüber den gelben Vereinen wie folgt: Er lehne die gelbe Bewegung entschieden ab, als Pfarrer und Seelsorger, weil er als solcher es mit charakterfesten Männern zu tun haben wolle, als Präses vom Arbeiterverein, weil er im Verein nur gerade und aufrechte Männer haben wolle, die ihrem Stande zur Ehre gereichten.

In dieser Sache nahm der Delegiertentag dann einstimmig folgende Resolution an:

Der Diözesan-Delegiertentag der kath. Männer- und Arbeitervereine der Diözese Fulda verurteilt ganz entschieden die Gründung von sogenannten gelben Werkvereinen, denn diese Organisationen werden dadurch, daß sie im Interesse des Unternehmertums auf das Streikrecht verzichten, zu Verrätern an den Menschenrechten der deutschen Arbeiterklasse, stellen sich den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Aufwärtsbestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterklasse hindernd in den Weg und fördern schließlich nur die sozialdemokratische Bewegung.

Gleichzeitig mit den gelben Werkvereinen und die „Vaterländischen Arbeitervereine.“ Es müssen daher die kath. Männer- und Arbeitervereine rundweg die Zumutung zurückweisen, mit diesen, das Wort „Vaterland“ mißbrauchenden Vereinen auch nur irgendwie gemeinsame Sache zu machen. Vielmehr werden nach wie vor unsere Vereine gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften ihre ganze Kraft einlegen zur Stärkung der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Den Vereinen wird zugleich die Pflicht auferlegt, kein Mitglied eines gelben Werkvereines aufzunehmen, wie auch dafür zu sorgen, daß alle jene, die vielleicht Mitglied eines solchen Vereines sind und sich nicht entschließen wollen, innerhalb einer bestimmten Frist auf die Zugehörigkeit zu einem gelben Werkverein zu verzichten, daß diese für die Zukunft nicht mehr Mitglied eines dem Diözesanverband angeschlossenen Vereines sein können.

### Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

Das Organ der evangelischen Arbeitervereine in der Kreislandmannschaft Zwidau, der „Evangelische Volkstreu“, behandelt in zwei vielbeachteten Aufsätzen die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den Gewerkschaften. Nach einer Zusammenfassung der in den letzten Wochen in der Kirch-Diözesan-Verbandszeitschrift erschienenen Artikel, die eine Bekämpfung der katholischen und evangelischen Konfessionen darstellen und nach einer Würdigung der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen lautet das Blatt zu folgendem Ergebnis:

„Grundsätzlich ist unsere Neutralität in der Gewerkschaftsfrage... auch in der Zukunft zu prüfen, entscheiden und dann mit männlicher Entschlossenheit handeln für das Rechte, Wahre! Unsere Zeit braucht einen Mann, Charaktere, Persönlichkeiten — zu ihnen wollen wir uns wenden, wollen wir unsere Mitglieder immer mehr erziehen — dann fort mit der Neutralität!... Fort mit aller Befürchtung, die deutlicher, evangelischer Männer in Verbindung ist! — Noch hat man nie Einzelpersonen, die zwei Parteien hassen wollen, im Leben ernst genommen und nie haben Organisationen mit zwei Formen der mit der Neutralität... bis in die christlichen Gewerkschaften“

### Eine gerichtliche Klage gegen den Gelben und sein Führer.

Die „Saarbrücker Polizeizeitung“ bringt in ihrer Nummer 349/1912, einen Bericht über den Ausgang eines von den Gelben angehängten Verleumdungsprozesses, der nach anderer Kollegen interessieren dürfte:

„Der wegen Verleumdung der gelben Bewegung angeklagte Redakteur Gleichan wurde vom Schöffengericht Saarbrücken freigesprochen. Die Kosten fallen dem Beibrüger Herrn Kupp und Kalbach zur Last. Gegenstand der Klage war ein Artikel im „Regulator“, Organ des Kirch-Diözesan-Verbands der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Darin war den Arbeitern die sich einer gelben Bewegung, die auf das Streikrecht verzichte und sich Geld von den Unternehmern zahlen ließe, anschließen. Charakterfestigkeit abgeprochen und eine Verleumdung hinzugefügt. Diese gebräuchlichen Ausdrücke können nach der Ansicht des Gerichts in der Form beleidigend sein, wobei aber eventuell dem Angeklagten der Schutz des Paragraphen 193 zugute komme. Aufgebend für Freipruch sei aber in erster Linie die mangelnde Legitimation der Kläger. Herr Kupp sei Stättenbeamter und Herr Kalbach Obermeister. Beide befanden sich also in einer

Stellung, die den Verzicht auf das Streikrecht wohl ertragen ließe, ohne daß hier die abfälligen Urtheile des Artikels zuträfen. Erst bei Arbeitern, die in einer jederzeit kurzfristig kündbaren Stellung seien, die eventuell durch Streiks gebessert werden könnte, wäre zu prüfen, ob sie sich beleidigt fühlen können. Die Arbeiter seien aber mündig und müßten selbst klagen, wenn sich einzelne davon durch den Artikel getroffen fühlten.“

Hier wird also gerichtlich festgestellt: 1. daß die „Führer“ der „Gelben“, die Verleumdungen sind, keinerlei Legitimation besitzen, im Namen der Arbeiter, die selbst mündig seien, zu klagen, 2. daß man den Gelben mangelnde Charakterfestigkeit und Unselbständigkeit nachsagen könne, ohne mit dem Strafgesetze zu kollidieren, da den Gewerkschaftlern eventuell der Paragraph 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuerkannt werden müsse.

### Ein mißglückter sozialdemokratischer Ehrenreparierungsversuch.

Bei den Genossen gehört es bekanntlich zum guten Ton, an allen Einrichtungen des bürgerlichen „Klassenstaates“, insbesondere auch an der sog. „Klassenjustiz“, kein gutes Haar zu lassen. Erinnert man jedoch einmal einem Genossen an eine ihm unangenehme Wahrheit, so fühlt er sich direkt persönlich an seiner Ehre so gekränkt, daß seiner Ansicht nach nur noch die sonst so arg zerkaute „bürgerliche Klassenjustiz“ helfen kann. Wir das Gebahren der Sozialdemokratie zur Schädigung der im Kampfe stehenden christlichen Metallarbeiter in Menden mit dem richtigen Namen kennzeichneten, strengte Genosse Hoffmeister, der erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gleich eine ganze Anzahl Privatbeleidigungsklagen gegen uns an.

Die erste Klage des Genossen Hoffmeister gegen den Kollegen Steinacker-Menden wurde am 9. Januar vor dem Mendenen Schöffengericht verhandelt und endete mit einer glatten Niederlage Hoffmeisters. Der Sachverhalt ist folgender: In einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Schmölke u. Co. erschienen auch die sozialdemokratischen Beamten Hoffmeister und Storch von Herloh. Nach einigen Auseinandersetzungen (Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes waren nicht da) erklärte der sozialdemokratische Beamte Storch: „Dann werden wir unsere Mitglieder anweisen, Streikarbeit zu leisten.“ Auf eine diesbezügliche Anfrage Steinackers an Hoffmeister erklärte auch dieser: „Das tun wir auch.“

Genosse Hoffmeister wollte nun später seine Erklärung, die sozialdemokratischen Mitglieder würden Streikarbeit leisten, nicht mehr wahr haben. Als Kollege Steinacker ihn aber öffentlich darauf feststellte, klagte er Beleidigung an. Nun brach das Verhängnis erst recht über den ersten Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes herein. Der von Kollegen Steinacker angetretene Wahrheitsbeweis wurde vom Gericht als vollkommen erbracht angesehen und Genosse Hoffmeister mit seiner Klage abgewiesen.

Damit ist also vor Gericht festgestellt, daß Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der Betriebsversammlung der vor einer Lohnbewegung stehenden Arbeiter der Firma Schmölke und Co. erklärten, sie würden die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder anweisen, Streikarbeit zu leisten.

In demselben Termin kam die Widerklage des Kollegen Steinacker gegen den Genossen Hoffmeister ebenfalls zur Verhandlung. Auch diese endete mit einer Niederlage Hoffmeisters. Dieser so empfindlich tuende Genosse hatte Steinacker in einer am 15. September in Menden abgehaltenen Volksversammlung einen „gewissenlosen Ehrabschneider“ genannt. Der erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wurde deshalb wegen öffentlicher Beleidigung zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde Steinacker die Publikationsbefugnis im Märkischen Volksblatt zugebrochen.

Der Ausgang dieses Prozesses ist eine Verurteilung der Sozialdemokratie und ihres schädigen Verhaltens gegen die kämpfenden christlichen Metallarbeiter in Menden.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Dingelstädt. Eine erfolgreiche Lohnbewegung wurde von den im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Schleifern der Feilen- und Maschinenfabriken vorm. Gebr. Ufer Aktien-Gesellschaft zu Dingelstädt durchgeführt; sie endete mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. Am 18. November v. J. unterbreitete eine Schlichtungskommission der Firma hinsichtlich der Lohn- und Akkordpreise verschiedene Forderungen, die aber von der Werkleitung abgelehnt wurden. Sie wollte sich nur dazu verstehen, falls beim Jahresabschluss ein gutes Ergebnis zu verzeichnen sei, auch den Schleifern eine Zulage zu gewähren. Mit diesen unbestimmten und unverbindlichen Versprechungen waren die Kollegen nicht einverstanden und reichten daraufhin am 21. November die Kündigung ein. Bevor sie jedoch den Betrieb verließen, versuchten sie noch einmal, mit der Werkleitung zu verhandeln und eine Einigung herbeizuführen. Hierauf ging die Firma nicht ein, sodaß es zur Arbeitsniederlegung kam. Die Schleifer sind sämtlich in unserem Verbandsorganisiert.

Am 28. November reiste unsere Bezirksleitung der Firma im Auftrage der Belegschaft mit, daß die Schleifer vor wie nach zu einer Einigung bereit und die Werkleitung die Vermittlung bereitwillig übernehmen werde. Am 29. November fand dann eine Besprechung zwischen dem Vertreter der Firma und dem Vertreter der Organisation statt. Wiederrum wurde von der Firma erklärt, daß sie sofort keine Lohnzulage geben könne, erst vom 1. Januar ds. Js. ab sei es ihr möglich, eine solche einzutreten zu lassen. Unser Bezirksleiter erklärte sich bereit, den Kollegen nahe zu legen, sich mit einer Lohnzurückhaltung ab 1. Januar zufrieden zu geben, wenn die Firma bereit sei, einen Tarifvertrag mit dem christlichen Metallarbeiterverband für die Schleifer abzuschließen. Das wurde von der Firma angelehnt. In einer weiteren, am 4. Dezember abgehaltenen Verhandlung in Duderstadt wurde noch kein völlig zufriedenstellendes Resultat erzielt, jedoch war unsere Bezirksleitung beauftragt worden, einen Tarifvertragsentwurf einzureichen. Nachdem dies geschehen, reiste die Firma telegraphisch mit, daß sie bereit sei, den Tarifvertrag in seiner jetzigen Fassung mit den im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Schleifern abzuschließen. In einer Besprechung der Schleifer am 8. Dezember wurde der Tarif ausgenommen. Am 9. Dezember nahmen die Schleifer die Arbeit nach 14-tägigen Streik wieder auf.

Der Tarif bringt in allen seinen Teilen den Arbeitern eine erhebliche Verbesserung ihres Lohnes, die 2 Mk., 4 Mk. und mehr pro Woche beträgt.

Der Tarif hat folgenden Wortlaut:

**Tarifvereinbarung** zwischen den Feilen- und Maschinenfabriken vormals Gebr. Ufer Akt.-Ges. zu Duderstadt und den Feilenschleifern, vertreten durch den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

- § 1. Schleifen alter Feilen.
  - a) Für das Schleifen alter Feilen, sogenannter Gewichtsfleilen, wird pro Zentner ein Akkordpreis von 1,65 Mark bezahlt.
  - b) Für Stückfeilen über 11 Zoll werden für 100 Stück 3,30 Mark bezahlt.
  - c) Für Stückfeilen bis 11 Zoll werden für 100 Stück 2,00 Mark bezahlt.
  - d) Für das Einhängen eines neuen Steines werden dem Schleifer 3 Mark vergütet. Hülfsarbeiter hierzu stellt und bezahlt die Firma.
- § 2. Schleifen neuer Feilen.
  - a) Für das Schleifen von sogenannten Handfeilen werden pro Zentner 0,75 Mark bezahlt.
  - b) Für das Schleifen von sogenannten Maschinenfeilen werden pro Zentner 0,90 Mark bezahlt.
- § 3. Vorkschleifer.
  - a) Für das Schleifen außerordentlich guter Sorten wie Raspen etc. wird den Schleifern ein Stundenlohn von 60 Pfg. gezahlt.
  - b) Der Lohn für solche Arbeiter, die als Schleifer angelehnt werden, unterliegt für die Dauer der Lehrzeit der Vereinbarung zwischen der Firma und dem einzelnen Lehrling.
  - c) Die geschliffenen Feilen werden von dem von der Firma damit beauftragten Meister kontrolliert und müssen mangelhaft geschliffene Feilen kostenlos nachgeschliffen werden.
  - d) Alle übrigen Vereinbarungen, die durch diesen Tarif nicht aufgehoben werden, bleiben bestehen und dürfen nicht verschlechtert werden.

Der Stundenlohn für Hochschleifer beträgt pro Stunde 42 Pfg.

Der Stundenlohn der Maschinenschleifer beträgt pro Stunde 42 Pfg., bei Akkordarbeiten wird der Stundenlohn garantiert.

- § 5. Allgemeines.
  - a) Für das Schleifen außerordentlich guter Sorten wie Raspen etc. wird den Schleifern ein Stundenlohn von 60 Pfg. gezahlt.
  - b) Der Lohn für solche Arbeiter, die als Schleifer angelehnt werden, unterliegt für die Dauer der Lehrzeit der Vereinbarung zwischen der Firma und dem einzelnen Lehrling.
  - c) Die geschliffenen Feilen werden von dem von der Firma damit beauftragten Meister kontrolliert und müssen mangelhaft geschliffene Feilen kostenlos nachgeschliffen werden.
  - d) Alle übrigen Vereinbarungen, die durch diesen Tarif nicht aufgehoben werden, bleiben bestehen und dürfen nicht verschlechtert werden.

§ 6. Dieser Tarifvertrag wird abgeschlossen zwischen den Feilen- und Maschinenfabriken vormals Gebr. Ufer Akt.-Ges. zu Duderstadt, vertreten durch die Herren Direktoren Albert Ufer und Schäfer zu Duderstadt einerseits, und dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands andererseits, vertreten durch dessen Bezirksleiter Buchner-Hannover und der Schlichterkommission bestehend aus den Schleifern Josef Dette, Philipp Günther und Eduard Weibel aus Dingelstädt.

§ 7. Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1913 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1914. Er hat zur Voraussetzung, daß bis zum 1. April 1913 auch für die übrigen Abteilungen des Werks bzw. Firma ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, in welchen dann dieser Tarif eingeschlossen werden muß.

§ 8. Wird vorstehender Tarif nicht 4 Wochen vor seinem Ablauf von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt, so läuft derselbe 1/2 Jahr weiter.

Duderstadt-Dingelstädt, den 9. Dezember 1912.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß der Tarif im § 7 besagt, daß bis zum 1. April 1913 auch für die übrigen Abteilungen des Werks ein Tarifvertrag zustande kommen muß, in den der vorliegende Tarif dann einbezogen werden soll. Nunmehr liegt es an den Kollegen selbst, durch Ausbau ihrer Organisation dafür Sorge zu tragen, daß der jetzt abgeschlossene Tarif in allen seinen Teilen auch zur Geltung kommt. Es ist Aufgabe der Kollegenchaft, durch einiges Zusammenhalten sich auch fernerhin die Voraussetzung für den Aufstieg des Arbeiterstandes zu erhalten. Sollen auch die Interessen der übrigen Abteilungen beim Abschluß des kommenden Tarifvertrages für alle Abteilungen gewahrt werden, dann müssen sich alle Kolleginnen und Kollegen unverzüglich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Ohne starke Organisation ist der einzelne Arbeiter ohnmächtig bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Im Rahmen dieser Darlegungen soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Firma durch verständiges Entgegenkommen die schnelle Verkündung ermöglicht hat, wodurch wieder ein friedliches Verhältnis herbeigeführt worden ist. Hoffentlich führen auch die kommenden Vertragsverhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis. Den Kollegen in Dingelstädt aber rufen wir zu, fest und treu zum christlichen Metallarbeiterverband zu stehen, durch eifrigen Versammlungsbetrieb sich zu schulen, und durch rege Mitarbeit auch den letzten Indifferenten für den Verband zu gewinnen.

### Die jüngste Lohnbewegung auf den Angellagerwerten Fichtel und Sachs in Schweinfurt.

Eine Bewegung zur Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Angellagerwerten der Firma Fichtel und Sachs hat vorläufig ihren Abschluß gefunden. Werden die Vereinbarungen eingehalten, so hat die Neuregelung bis zum 1. Oktober 1914 Geltung. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat auch bei dieser Bewegung wieder einmal die denkbar unruhigste Rolle gespielt.

Zunächst einige orientierende allgemeine Bemerkungen: Wohl wenige industrielle Unternehmungen in der bayerischen Metallindustrie haben eine so glänzende Entwicklung zum modernen Großbetrieb aufzuweisen, wie genannte Werke. Die zeitgemäße Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse läßt jedoch sehr viel zu wünschen übrig. Die Firma beharrt immer noch auf dem sozialrückständigen Standpunkt, nicht mit „Außenstehenden“, sondern nur mit dem Arbeiterauschuss zu verhandeln. Obwohl die Firma selbst dem Verbands-Bayerischer Metallindustrieller angeschlossen ist, lehnt sie eine organisierte Vertretung der Arbeiterschaft ab. Dieser Standpunkt wird allerdings begünstigt durch die Kurzsichtigkeit eines großen Teiles der Arbeiter, die der Organisation noch fern stehen, und dadurch eine wirksame Interessenvertretung erschweren. Die letzte zweijährige Vereinbarung der Firma mit dem Arbeiterauschuss war am 1. Oktober 1912 abgelaufen. Viel zu verlieren hatten die Arbeiter nicht an ihr, denn trotz der Bestimmung, daß Akkordpreise nur infolge technischer Verbesserungen reduziert werden dürften, wurde immer wieder der Akkordschraube angesetzt.



Die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Firma führten neuerdings zu folgendem Resultat:

Die bisherige 59stündige Arbeitszeit wurde auf 58 Stunden vom 1. Oktober bis 31. März, und auf 57 1/2 Stunden wöchentlich für die Zeit vom 1. April bis 30. Sept. reduziert. (Verlangt waren 57 Stunden.) Gleichzeitig wurde der freie Samstagnachmittag eingeführt und die Arbeitszeit entsprechend eingeteilt.

Bei der Nachtarbeit bleibt die Arbeitszeit unverändert wie bisher. Ein Schichtwechsel (bzw. Teilung der Nachtschicht) wurde von der Firma abgelehnt mit dem Hinweis, man sei bestrebt, die Nachtschicht möglichst abzuschaffen, da die Nachtarbeit zu wünschen übrig ließe.

Die Stundenlöhne sollten eine gründliche Revision erfahren und entsprechend der Leistungen bis zu 10 Prozent aufgebessert werden, es sei nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Fällen mehr als 10 Prozent aufgebessert würden. (Verlangt waren 15 Prozent Erhöhung der Stundenlöhne.)

Die Akkordlöhne sollten bis zum 1. Nov. (1912) revidiert werden unter Zuziehung eines Arbeiterausschusses-Mitgliedes und des betr. Arbeiters. Für die Vertragsdauer seien nach dieser Regelung keine Akkordreduzierungen zulässig, technische Verbesserungen u. dgl. ausgenommen. In letzteren Fällen müsse ein Mitglied des Arbeiterausschusses und der betr. Arbeiter zugezogen werden.

Die Akkordpreislisen werden bei den Meistern und Sachschreibern hinterlegt und hat jeder Arbeiter das Recht, sich durch Einsichtnahme von der Richtigkeit seines Akkordlohnes zu überzeugen.

Urlaub wurde abgelehnt. Die übrigen Bestimmungen dieser bis 1. Oktober 1914 geltenden Vereinbarung sind mehr formaler Natur.

War schon dieses Ergebnis ein geringes, so hat die Revision der Akkordlöhne das Kraut vollends fett gemacht. Von einem wesentlichen Fortschritt kann jedenfalls beim Gesamtergebnis nicht gesprochen werden, dank der verkehrten Taktik des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Gerade die gesundheitschädlichen Arbeitsverhältnisse der Schweinsfurter Metallindustrie erfordern eine kürzere Arbeitszeit. Zudem muß ein großer Teil der Arbeiter bis zu 2 und 3 Stunden täglich auf dem Wege zwischen Arbeitsstätte und Wohnung zubringen, da die Wohnungen in Schweinsfurt schubhaft teuer sind. Besonders diese Arbeiter haben die Verlängerung der Arbeitszeit an 5 Tagen (die sich aus dem früheren Arbeitsschluß am Samstagnachmittag ergab) mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen. Die Stundenlöhne stehen zum großen Teil in keinem richtigen Verhältnis zu den Akkordverdiensten und zu den anderwärts üblichen Stundenlöhnen. Mit 30 Pfg. Stundenlohn kann heute ein verheirateter Arbeiter unmöglich seine Familie ordentlich ernähren. Da fast durchweg im Akkord gearbeitet wird, macht sich die Härte niedriger Stundenlöhne um so drückender geltend, wenn der Arbeiter gezwingen ist, die Arbeiterversicherung in Anspruch zu nehmen, die sich nach den Stundenlöhnen richtet. Die Akkordrevision führte bei nur weniger und seltener gebrauchten Artikeln zu einer Keinen Erhöhung, dagegen wurde bei den meisten und gangbarsten Artikeln die Schraube kräftig nach unten gezogen, in einzelnen Fällen bis zu etwa 40 Proz.

In einigen Abteilungen, wo besonders unsere Verbandskollegen und Vertrauensleute vertreten waren, gelang es durch aufklärende und sachliche Verhandlungsarbeit Akkordreduzierungen rückgängig zu machen. Unseren Kollegen wurde für ihre Erfolge selbst von wackelnden Genossen Anerkennung ausgesprochen. Schon allein in dieser Frage zeigt es sich, wie bitter notwendig eine vernünftige und starke Organisation für jeden Arbeiter ist. In solchen Situationen steht oft das fünf- und mehrfache des Jahres-Verbandsbeitrages auf dem Spiele, und die falsche Sparbarkeit so vieler Kollegen rächt sich da bitter. Bedauerlich ist, daß die Firma den Urlaub ohne jedwedes Entgegenkommen glatt ablehnt. Eine Urlaubsgewährung würde nicht nur die Arbeitsfreudigkeit heben, sondern auch dem Wert der Firma zugute kommen.

Zum Ablauf der Vereinbarungen im Herbst des kommenden Jahres hatten deshalb noch reichliche und berechnete Arbeiterwünsche der Erfüllung. Die Entscheidung haben die Kollegen zum guten Teil selbst in der Hand. Je mehr es gelingt, unseren Verband zu stärken, desto erfolgreicher können die Interessen der Arbeiter vertreten werden.

Einleitend wurde schon erwähnt, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die denkbar unwürdevollste Rolle bei der ganzen Bewegung gespielt hat. In Schweinsfurt hat sich diese Jahre hindurch sein chronisches Leiden erwiesen. Doch lassen wir die Tatsachen selber reden.

Zum ersten ging der sozialdemokratische Verband wieder einseitig vor, also ohne mit der Vertretung von über 200 christlich organisierten Arbeitern des Werkes in Verbindung zu treten. Trotzdem die Firma nur mit dem Arbeiterausschuß verhandelt, weiß jeder ABC-Schüler in der Arbeiterbewegung, daß ein Erfolg - Verbesserungen oder Abwehr von Verschlechterungen - nur möglich ist, wenn der Arbeiterausschuß sich auf eine organisierte Arbeiterschaft stützen kann. Ohne diesen Rückhalt ist alles Luft. Ob nun die Organisationsvertreter offiziell teilnehmen oder nicht, vermag an dieser Tatsache nichts zu ändern. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband verzichtete sich jedoch bei Einleitung der Bewegung vollständig hinter den fast durchweg sozialdemokratischen Arbeiterausschuß und gab sich nach außen, als würde alles lediglich vom Arbeiterausschuß eingeleitet. Durch diese Taktik hoffte man den christlichen Metallarbeiterverband ausschalten zu können und setzte, unbekümmert um die Arbeiterinteressen, unbekümmert um die notwendige Geschlossenheit der gesamten Arbeiterschaft, jedweden Erfolg auf sich. Nach seiner jetzigen Verfassung kann der Arbeiterausschuß als eine geeignete Vertretung der gesamten Arbeiterschaft nicht anerkannt werden, da er nicht nach dem Proportionsgrundsatz in den Arbeiterausschuß bringen, obwohl nach ihrer Stimmenzahl es etwa 10 Vertreter sein müßten.

Berathungen berief der sozialdemokratische Metallarbeiterverband für die „gesamte Arbeiterschaft“ ein, ohne sich mit unseren örtlichen Vertretern ins Benehmen zu setzen. Die Herren dürfen sich nicht wundern, wenn auf solche Frechheiten die geziemende Antwort postwendend erfolgt. Auf dem gleichen Wege kam eine Resolution zustande, die dem Arbeiterausschuß zur Übermittlung an die Firma ausgearbeitet wurde. Dabei zogen sich die Genossen eine kräftige Blamage zu. Als nämlich die Resolution zur Berlesung kam, fehlte die Sauphase, die verlangte Lohnerhöhung. Unsere Kollegen bedankten sich mit Recht dafür, eine solche lächerliche Resolution als ihre Willensäußerung zu betrachten oder gar verantwortlich zu machen.

Geradezu charakteristisch für die sozialdemokratische Strategie war folgender Vorfall: Als in einigen Abteilungen Akkordreduzierungen erfolgten, bzw. von bevorstehenden Reduzierungen gesprochen wurde, warfen sozialdemokratische Ausschüßmitglieder der Werkzeugschmiederei dem Betriebsleiter Vertragsbruch vor. Auf dieses großkloßige Vorgehen hin erfolgte in gleichem Tone etwa die Antwort: wer es nicht abwarten wolle, könne ja gehen. Sofort wurden in der Werkzeugschmiederei die Mitarbeiter verleitet, die Arbeit niederzulegen. Die Genossen hatten es so eilig, daß die Werkzeugschmiederei, soweit sie streikten, auf anderem als normalen Wege das Freie suchten. Erst jetzt, nachdem Holland in Wöten war, erinnerte man sich im roten Lager an die christlich organisierte Arbeiterschaft. Letztere schloß sich in gemeinsamer Versammlung dem Wunsche nach Wiedereinstellung der Arbeiter an, die auch nach den Verhandlungen in einigen Tagen erfolgte. Im sozialdemokratischen „Fränk. Volksfreund“ mußten sich die Genossen zu einem he- und wehmütigen Wiederruf bequemen, daß die Firma Fichtel u. Sachtz die Werkzeugschmiederei in be-reitwilligster Weise wieder eingestellt habe und daß dieselben etwas voreilig gehandelt hätten. . . .

Einige Wochen später schrieben die Sozialdemokraten dann in zwei Flugblättern zur Schweinsfurter Gewerbegerichtswahl: „Wählt Männer mit Rückgrat - aufrechte Männer - Weisheit, auf deren Rückgrat die Welt gegenüber dem Arbeitgebertum wir rechnen können.“ Diese kräftigen Töne magte man sich auf derselben Seite an, wo man einige Tage zuvor elend zu Kreuz gekrochen ist. „Aufrechte Männer!“

Wenn nun in einer Reihe von Abteilungen über beträchtliche Akkordreduzierungen geklagt wird, so können sich die Arbeiter bei den sozialdemokratischen Arbeiterausschüßmitgliedern und beim sozialdemokratischen Verband bedanken, denn hier haben die „Rückgratisten“ gründlich verlagert. Das kindliche Gebahren jener Leute, die unserem Vertreter im Arbeiterausschuß Arbeiterverrat vorwerfen, nimmt man längst nicht mehr ernst, es stammt ja aus dem roten Lager. Kein vernünftiger Arbeiter kann dem oben gekennzeichneten Streikunfium etwa noch eine lobende Anerkennung zollen. Auch die Provozierung eines größeren Kampfes auf illegalem Wege muß im wohlverstandenen Arbeiterinteresse strikte abgelehnt werden.

Jeder denkende Metallarbeiter hat nun neuerdings wieder die Erfahrung gemacht, daß die radikalen Sprüche und kräftigen Töne im sozialdemokratischen Lager mit den praktischen Erfolgen der Genossen in Widerspruch stehen und dem Arbeiter in der Gewerkschaft ebensowenig nützen, als jene 110, die in Berlin zumeist die Rolle der Zaungäste spielen. Eine denkende Arbeiterschaft kann aber ihre Interessenvertretung nimmermehr der Willkür dieser Leute für alle Zukunft überantworten. Daraus ergibt sich für jeden Kollegen die zwingende Pflicht, aufklärend und wirkend mitzuwirken zur Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Das Schimpfen und Räsonieren auf sozialdemokratischer Seite kann uns nicht mehr imponieren, denn um die Günst der Genossen werden wir uns niemals bemühen. Wir christlichen Metallarbeiter werden dafür sorgen, daß es Tatsache bleibt, was ein Beamter des sozialdemokratischen Verbandes aussprach: „Mit den Christlichen haben wir hier zu rechnen.“ Das ist gut so; denn soll den gekennzeichneten Zuständen mit der Zeit ein Ende bereitet werden, dann muß unsere Parole in Schweinsfurt bleiben: Christliche Metallarbeiter! Vorwärts auf der ganzen Linie!

\* \* \*

Stolberg. Bei der Firma William Prym, G. m. b. H. in Stolberg sind ernste Differenzen ausgebrochen. Bekanntlich stellte die Firma an die Arbeiterschaft das Ansehen, für eine Weihnachtsgratifikation an ihr Koalitionsrecht zu verzichten und einem gelben Werkverein beizutreten. Mit dieser und den damit im Zusammenhang stehenden Vorgängen befaßte sich am Sonntag, den 5. Januar eine von unserem Verbands einberufene gut besuchte öffentliche Versammlung im Hotel Scheufen. In einem ausführlichen Referat legte Bezirksleiter Kollege Schmitz die Vorgänge klar. Die Firma suchte nach außen hin ihr Vorgehen in für sie günstigen Lichter erstrahlen zu lassen. Demgegenüber sei es notwendig, hier einmal die Wahrheit ohne jede Schönfärberei vor der Öffentlichkeit aufzudecken. Die Behauptung der Firma, sie zähle im ganzen Bezirk die höchsten Löhne sei in dieser Verallgemeinerung unwahr. Wenn der Direktor darauf hinweise, daß der Lohn der Tagelöhner der Stadt Stolberg auf 2,80 Mk. stehe, so sei es ein Widerspruch, den Lohn ungeringer städtischer Arbeiter, wie Straßenkehrer usw. in Parallele stellen zu wollen mit dem Lohn von Qualitätsarbeitern, wie die die Firma Prym benötige. Bei einer Unterredung habe Direktor Güntchow demgegenüber erklärt: Es ist bei uns im Betriebe genau so wie allüberall, der Lohn muß sich regeln nach dem Marktpreise, nach den Regeln von Angebot und Nachfrage. Zu Ende des Jahres 1911, genau um dieselbe Zeit, als die Weihnachtsgratifikation den Arbeitern schon als etwas Großartiges beigebracht wurde, ging die Firma dazu über, in der Weihnachtsfeier einen ganz hervorragenden Lohnabzug vorzunehmen. Es zeuge nicht von Humanität, wenn man den Arbeitern eine sog. Weihnachtsgratifikation ankündige und dann dazu übergehe, Lohnreduzierungen vorzunehmen. Zur Zeit haben wir in einer ganzen Reihe von Punkten berechtigige Klagen der Arbeiter zu erheben. Wir haben die Wahrnehmung machen können, daß in der Gießerei mehrfach Lohnabzüge gemacht worden sind, daß im Betriebe selbst die Arbeiterinnenlöhne gewaltig reduziert wurden. Lohnabzüge sind auch in der Maschinenbauabteilung vorgenommen worden. Die Arbeiter haben an die Firma wiederholt das Ansehen gestellt, eine Aenderung des Kolonnenystems vorzunehmen. Das System ist dazu angetan, eine gewisse Gruppe von Menschen heranzubilden, die ihre Kollegen benachteiligen und daher Kollegialität nicht aufkommen lassen. Wie hat sich nun die Firma verhalten gegenüber derjenigen Arbeiterschaft, die als Männer, die sich ihrer Pflichten und Rechte bewußt, auch für ihr Recht eingetretet sind? Wir sehen, daß in der letzten Zeit die Firma nicht davor zurückgeschreckt ist, Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Straßenszenario zu werfen, die jahrelang bei ihr beschäftigt waren. Es ist eine Entlassung einer Arbeiterin vorgenommen worden, die 16 Jahre in Diensten der Firma stand. Nach dem Urteile aller ist sie auf die schärfste Behandlung eines Werkmeisters zurückzuführen, die sich die Arbeiterin nicht gefallen ließ. Wir sehen die Maßregelung eines Drehers, der fünf Jahre im Betriebe beschäftigt war. Nach vor einigen Wochen war die Erregung in der Arbeiterschaft eine außerordentlich große, weil man den Vorstehenden des Arbeiterausschusses, den Kollegen Sörensen, auf Straßenszenario gemor-

sen hat. Die Firma hört es nicht gern, wenn der Fall Sörensen angeschnitten wird. Wir haben das Angebot gemacht, in dem Fall das Gewerbegericht entscheiden zu lassen, damit festgestellt werde, wer bei der Maßregelung sich im Recht befinden hat. Das hat die Firma abgelehnt. Für mich steht jetzt die Tatsache fest, daß die Firma bereits den Glauben an ihren Sieg preisgegeben hat gegenüber einem Manne, der in Stolberg als wohlachtbarer Bürger bekannt ist, der stets seine Pflicht und Schulpflicht nicht nur den Arbeitern sondern auch der Gesamtheit gegenüber getan hat. Wenn die Firma nach außen hin dokumentiert, wie sie eine humane Firma, dann sollte sie auch danach handeln.

Wesentliche Trabanten der Firma tragen mehr dazu bei, das Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Firma zu verschärfen als die Firma selbst. In dem Kampfe gegen die Organisation hat ein Betriebsleiter sogar die Stirn zu zeigen, Arbeiter, die nicht organisiert sind, für die ist gefordert bei uns. Schon mancher hat sich im Kampfe gegen die Organisation die Zähne ausgebeißt, dasselbe könnte dem guten Manne auch passieren. Nebner wandte sich dann entschieden gegen das Bestreben der Firma, die Arbeiter für einen gelben Verein zuzugewinnen und ihnen ihr Koalitionsrecht zu rauben.

Auf sein freies Koalitionsrecht werde ein aufrechter deutscher Arbeiter nie verzichten. Er fordere mit Recht eine angemessene Entlohnung und verzichte auf Almosen, mit denen man ihn um seine Rechte bringen wolle. So etwas aber könne die Firma der Arbeiterschaft nur deshalb zumuten, weil noch eine so große Zahl der gewerkschaftlichen Organisation fernstehe. Deshalb heiße es jetzt die Reihen schließen und den letzten Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, am 5. Januar 1913, im Hotel Scheufen in Stolberg tagende sehr gut besuchte öffentliche Bürger- und Arbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Firma William Prym bezüglich dessen, was die Firma mit den Weihnachtsgratifikationen will. Die Versammlung verurteilt ganz entschieden, daß die Firma an den Empfänger der Weihnachtsgratifikation die Forderung stelle, auf sein Koalitionsrecht zu verzichten. In diesem Sinne ist eine Weihnachtsgratifikation nur dazu angetan, in der Arbeiterschaft große Erbitterung hervorzurufen. Ein Verzicht der Arbeiter auf ihr Recht ist gleichbedeutend mit großen Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis. Ferner will die Firma William Prym durch ihr Vorgehen die öffentliche Meinung für sich gewinnen; es ist aber, nach dem zu urteilen, was sich im letzten Jahregetragen hat, nur eine Fehlleistung der Dummheit. Die Versammlung verurteilt ferner die Einführung der Gelben in Stolberg, weil dieselben eine wirtschaftliche, nationale und religiöse Gefahr in sich bergen. Der Allgemeinheit kann nur von Nutzen sein, eine selbstbewußte, christlich organisierte Arbeiterschaft, und verpflichtet sich die Versammlung, für deren Erhaltung und Ausbreitung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu arbeiten.“

Inzwischen haben sich die Differenzen infolge des schroffen Vorgehens der Firma gegen die Arbeiter, Maßregelungen etc. noch verschärft. Ein Teil der Kollegen steht im Streik, der andere in Kündigung. Zugung ist streng fernzuhalten.

\* \* \*

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugung fort.

**Werdohl.** Die Firma Gebr. Honsel in Werdohl ist für Britantwarenarbeiter gesperrt.

**W.-Gladbach.** Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisenwerke, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

**Wenden.** Bei der Firma Schmöle & Co. stehen unsere Kollegen im Streik. Sämtliche organisierten Metallarbeiter in den dem Arbeitgeberverband Wenden angeschlossenen Betrieben sind ausgesperrt. Jeder Zugung nach dem Wendener Industriegebiet ist strengstens fernzuhalten.

**Osnabrück.** Die Forner der Firma Brüch, Kretschel & Co. stehen im Streik.

**Stolberg.** Bei der Firma Prym steht ein Teil der Arbeiter im Streik, die übrigen in Kündigung. Die Firma versuchte die Arbeiter durch Weihnachtsgratifikationen und Maßregelungen ihrer Organisation abwendig und für den Eintritt in einen gelben Verein gefügig zu machen. Zugung ist streng fernzuhalten.

**Düsseldorf.** Ueber die Gießerei der Firma Schieß wurde wegen Akkorddifferenzen die Sperre verhängt.

**Dortmund-Schwerte.** Auf der Eisenindustrie (Abt. Walz- und Martinwerk) sind erneut Differenzen ausgebrochen. Zugung ist streng fernzuhalten.

**Herne.** Der Betrieb der Firma Welen in Herne ist wegen Differenzen für Forner und Gießereiarbeiter gesperrt. Zugung ist fernzuhalten.

.....

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. Januar der vierte Wochenbeitrag für die Zeit vom 19.-25. Januar 1913 fällig.

\* \* \*

**Das Verhalten der Sozialdemokratie zur Metallarbeiterausperrung in Wenden**

wird in einem Flugblatt unserer Verwaltungsstelle Wenden treffend dargelegt und gekennzeichnet. Das Flugblatt liegt dieser Zeitungsendung bei. Die Ortsgruppen wollen umgehend die benötigte Anzahl bei der Hauptgeschäftsstelle bestellen.

.....

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Düsseldorf.** Wir berichten in der Nr. 45/12 unseres Verbandesorgans über das Treiben einer fanatischen Gesellschaft von Gewerkschaftssozialisten, die sich bei der Firma Boncelet-Bilden zusammengefunden hatte. Durch Schimpf-



worte wie „Schwarzer Lump“, „Christlicher Streikbrecher“, durch Gewalttätigkeiten wie „Begießen mit Wasser“, „Werfen mit Kolossäcken“, „Beschneiden eines Rockes“, sollten die christlichen Arbeiter gezwungen werden, ihren Uebertreter zum „freien“ Metallarbeiterverband zu vollziehen. Dieser Terror war vergebens, die christlichen Arbeiter blieben fest, bis die Firma selbst diesem Treiben durch folgenden Anschlag ein Ende bereite:

„Es ist in letzter Zeit wiederholt beobachtet worden, daß Werkangehörige von ihren Mitarbeitern innerhalb der Fabrik belästigt worden sind. Dies kann unter keinen Umständen geduldet werden, und werde ich jeden Werkangehörigen, der innerhalb der Fabrik einen Mitarbeiter belästigt oder schikaniert, in Zukunft sofort entlassen.“

Zetzt legte der stille Druck in verstärkter Weise ein. Wollte ein christlicher Arbeiter Werkzeuge vom Werkzeugmacher haben, so waren entweder keine vorhanden oder es wurden ihm die schlechtesten verbrauchten Werkzeuge ausgehändigt. Genau so erging es in der Schmiede, wo ihnen jede Feuersäge vorenthalten wurde. Der Werkmeister mußte hierauf das Werkzeug besorgen und fand auch immer genügend vor. Als nun die Stadtratswahlen die Vertrauensmänner brachten, kannte die Wut der Genossen keine Grenzen mehr. Zwei Schlosser G. Portermann und W. Friede gaben im Namen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter bei der Firma die Erklärung ab, daß es der Beschluß ihrer Kollegen sei, fortan nicht mehr mit den beiden christlich organisierten Mitarbeitern zusammenzuarbeiten. Falls deren Entlassung bis zum 2. Dezember nicht erfolgt sei, würden sie die Arbeit niederlegen.

Am 2. Dezember wurden diese Gefellen wieder vorbestellt, erhielten jedoch zur Antwort, daß die christlich organisierten Arbeiter nicht entlassen würden, selbst dann nicht, wenn man dieshalb in einen Streik trete. Den Streik unter diesen Umständen sofort auszuführen, war der Gesellschaft denn doch etwas zu riskant, man wollte die gerichtliche Entscheidung abwarten und alsdann die Entlassung durchsetzen. Auch jetzt lehnte die Firma entschieden eine Entlassung der christlichen Arbeiter ab.

Als nun jeder der Schmied P. sich selbst „entlassen“ hatte, wurde eine Staatsaktion aus diesen Vorgang gemacht. Man drehte den Spieß um und forderte dessen Wiedereinstellung. Die Firma lehnte dies ab und die Gewerkschaftsjournalisten traten in den „Streik“. Eine beratende Arbeitsniederlegung kam auch der hiesigen Zeitung des „freien“ Metallarbeiterverbandes überaus. Wir wurden von irgendwelchen einschlägigen Differenzen vor dieser Arbeitsniederlegung nicht benachrichtigt. (Bei Ulrichs und Hinrich-Ratungen und bei Schieß, Werkzeugmaschinenfabrik handelte man anders, trotzdem in letzterem Betriebe eine ganze Reihe Maßregelungen vorgenommen wurden, wehrte man sich mit Händen und Füßen gegen eine Arbeitsniederlegung.) Auch hatte man uns keine Kenntnis von der durch „freie“ Verbände geforderten Entlassung unserer Mitglieder gegeben. Die Firma teilte uns jedoch das brutale Vorgehen gegen unsere Mitglieder sofort mit und da bequemte sich auch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband dazu, uns zu „informieren“.

Nach dieser „Information“ sollen fortgesetzte Entlassungen, die nur als Maßregelungen aufgefaßt werden können, vorgekommen sein. Ferner sollte die Firma noch beabsichtigen, hier weitere Entlassungen vorzunehmen. Alles dies sei auf die Durchführung der 57stündigen Arbeitszeit zurückzuführen. Diese Mitteilungen standen im schroffen Gegensatz zu den schriftlichen Mitteilungen der Firma. Eine Partei mußte uns daher unwahr berichtet haben.

Wir versuchten die Wahrheit zu ergründen. In einem Schreiben bemerkte Kollege Leupke, daß es ihm nicht bekannt sei, daß die Firma Boncelet eine Anzahl der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes herausgedrückt habe und daß sie die Arbeit eingestellt worden, weil es nicht gelang, die wenigen Mitglieder unseres Verbandes aus Arbeit und Brot zu bringen. Dies müßte doch auch dem ersten Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes bekannt sein, da doch wohl mit dessen Wissen und Willen die Entlassung der christlichen Arbeiter gefordert worden sei. Es müßte ihm doch weiter bekannt sein, daß man wenige Tage nach der ersten Forderung erneut an die Werkleitung herangetreten sei, um die Entlassung der christlichen Mitarbeiter zu erzwingen und als die Firma dies ablehnte, man erklärte, auf die Angelegenheit zurückkommen zu wollen.

Hieraus erhielten wir nun die Mitteilung, daß der Deutsche Metallarbeiterverband sich bei der Firma Boncelet in einem Abwehrstreik befinde, daß er die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen verlange, oder doch wenigstens die Zusicherung, daß keine weiteren Maßregelungen stattfinden. Weiter wurde betont, daß der Deutsche Metallarbeiterverband keine Streiks führe, um Mitglieder anderer Organisationen aus der Arbeit zu bringen — verschwiegen wurde jedoch, wie sich diese Behauptung mit der geforderten Entlassung unserer Mitglieder und mit der Streikandrohung zwecks Durchführung dieser Forderung in Einklang bringen läßt. Von uns wurde zur unbedingten Klarstellung des wirklichen Sachverhaltes der Vorschlag gemacht, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Bevollmächtigten zur Firma zu gehen, um die Wahrheit zu ergründen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Man hatte jedoch trotz dieser Vereinbarung im hiesigen sozialdemokratischen Organ, der „Volkzeitung“, folgende Gemeinheit vom Stapel gelassen:

„Wenn wir die Sache heute erneut erwähnen, so nur deshalb, weil der „Zentrums-Metallarbeiter-Verband“ bei dieser Gelegenheit seinen letzten Verrätereien die Krone aufgesetzt hat. Nicht nur, daß die christlich-nationalen Arbeiter weiter arbeiten, sie besorgen den „Lobzaken“ und „bedrängten Herrn“ noch weitere Hüfe! Ob auch Provision für gelieferte „Ware“ bezahlt worden ist, konnten wir nicht feststellen, doch tut das auch schließlich weniger zur Sache.“

Kuppiger kann selbst ein Vergel nicht schreiben! Wer aber in den Handlungen der Gewerkschaftsjournalisten nicht immer eine Vertretung der Arbeiterinteressen erblickt, begeht nach Ansicht der Genossen eine „Verräterei“, selbst, wenn die Angelegenheit so juchendbar einfach liegt, wie im vorliegenden Falle. Hier sind die Maßregelungen aus den Fingern gezogen, um den gewollten Zweck — die Brotlosmachung der christlich organisierten Mitarbeiter zu erringen — durchzuführen zu können. Die Firma sollte eben durch die „Macht“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes „überzeugt“ werden,

daß sie christliche Arbeiter nicht beschäftigen dürfe. Selbstverständlich ist es, daß die christlich organisierten Arbeiter jetzt nicht wie Trottel hinter denen herlaufen, die sie aus Brot und Arbeit verdrängen wollen und sie bis aufs Blut drängsaliert haben. Wer das nicht kapieren kann, dem ist nicht zu helfen. Darüber lassen sich denkende Arbeiter auch nicht durch die Kegelhafte, echt sozialdemokratische Verdächtigung „Provision für gelieferte Ware“ hinwegtäuschen. Ist es doch bekannt, daß die „Provisionsmacher“ nicht im christlichen Lager zu suchen sind.

Inzwischen ist der rote Putsch zur Brotlosmachung christlicher Arbeiter eben zusammengebrochen. Bedingungslos trochen die Terroristen zu Kreuze.

Wie werden die Interessen unserer Mitglieder stets mit aller Entschiedenheit zu vertreten wissen. Mögen die Genossen darüber zeteru und heulen, so viel es ihnen behagt. Nur mögen sie uns möglichst weit vom Leibe bleiben, wenn sie nicht auch noch eine gerichtliche Bestätigung ihres Terrors und Arbeiterverrats erhalten wollen. Unsere Mitglieder aber werden im eigenen Interesse gut daran tun, dem wirklichen Sachverhalt eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen, dann werden manchem sozialdemokratischen Nachläufer die Augen aufgehen — und das kann nur von Vorteil für die Arbeiterschaft und die Arbeitersache sein.

Hera-Bladbach. Einen guten Abschluß des Jahres hat unsere Ortsgruppe hier selbst erzielt. Als nach den ersten Anfängen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung auch hier die Arbeiter sich zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zusammenschlossen, setzten auch schon die Arbeitgeber ein, um unsere Bewegung zu vernichten. Es ist ihnen nie gelungen, wenn auch mancher Zweig vom gewerkschaftlichen Baume abfiel. Der Stamm hielt aus, der Kern bewahrte sich gesund, gewerkschaftlichen Geist. Doch auf die Dauer wollten auch wir alten, treuen Metallarbeiterverbändler oft verzagen. „Es gibt nie mehr einen Aufstieg! Alle Hoffnung laßt fahren!“ Diese Gedanken kamen und gingen. Gingen namentlich dann, wenn wir das Aufblühen unseres Verbandes und seine großen Erfolge in den einzelnen Bezirken wahrnahmen. Also hofften wir und hielten stand! Und wahrlich, wenn nicht alles trägt, diese Hoffnung soll nicht zu Schanden werden. Gelang es uns doch, durch intensive Arbeit unserer Ortsgruppe im 4. Quartal rund 150 neue Kollegen zuzuführen. Wenn diese Neugewonnenen mit den alten Kollegen weiter werden für die gute Sache, die von uns im Interesse der Metallarbeiter und des Gesamtvolkes vertreten wird, dann muß es uns bald gelingen, auch den letzten Metallarbeiter des H.-Bladbacher Industriebezirks dem christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen.

Nun gilt es aber auch den inneren Aufbau unserer ausfliehenden Ortsgruppe zu pflegen. Gern müssen sich die besten der Kollegen als Vertrauensmänner dem Vorstande zur Verfügung stellen. Für jeden Kollegen aber ist es Pflicht, durch eifriges Studium des Verbandsstatuts, des wöchentlich erscheinenden Verbandsorgans und regen Versammlungsbesuch sich zu schulen, um die gewerkschaftlichen Regeln und die grundsätzliche Stellung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu erfassen. Vor allem aber wollen wir rechte Kollegialität, Solidarität gepaart mit Opferinn beibehalten. Als Gewerkschaftler nie die Ruhe, Besonnenheit und Pflichterfüllung in allen Dingen außer Acht lassen, dann können wir auch für unsere Rechte als Arbeiter und Staatsbürger eintreten.

München. Unsere Ortsgruppe hatte auf Montag, den 30. Dezember eine allgemeine Versammlung der Arbeiter in der Reg. Artilleriewerkstätte anberaumt mit der Tagesordnung: „Wer hat bis jetzt wirklich die Interessen der Militärarbeiter vertreten?“ In der sehr gut besuchten Versammlung behandelte Landtagsabgeordneter Dswald in sachlicher Weise diese Frage. Redner betonte, wie gerade in den letzten Jahren für die staatlichen Arbeiter in Bayern außerordentliche Mehrausgaben an Löhnen und sonstigen Bezügen durch den Landtag genehmigt wurden, so allein an Gehältern und Löhnen rund 20 Millionen Mark und für Beschaffung billiger und gesunder Arbeiterwohnungen 30 Millionen Mark. Noch beim Abschluß des letzten Landtages konnten für die staatlichen Arbeiter abermals zweieinhalb Millionen Mark bewilligt werden. Ein Beweis, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unseren bayerischen Militärbetrieben nicht die schlechtesten sind, kann daraus entnommen werden, daß 1911 von 3000 Gesuchen nur 400 berücksichtigt werden konnten. Der Referent betonte, daß es wünschenswert und wohl im Interesse der Militärarbeiter gelegen sei, in Eingaben und Petitionen möglichst einheitlich vorzugehen.

Die Diskussion wurde von dem sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Fr. Schmitt eingeleitet. Derselbe betonte, daß es gerade Dswald war, welcher im Plenum sowohl als auch in den Kommissionen des Landtages sein Möglichstes tat, um den Wünschen der Militärarbeiter gerecht zu werden; allein, „die Stellung der Mehrheitspartei“ des bayerischen Landtages habe all die schönen Hoffnungen der staatlichen Arbeiter zunichte gemacht. Den Beweis für all die verschiedenen Behauptungen glaubte der Genosse mit der „goldenen“ Redewendung, „Schwamm drüber“, erbracht zu haben. Der weitere Diskussionsredner, Herr Ujohld, Vorsitzender des „deutschen“ Militärarbeiterverbandes, begab sich auf denselben Weg wie sein Vorredner. Er glaubte ebenfalls in das sozialdemokratische Horn tuten zu müssen. Mit Recht konnte dieshalb der Vorsitzende, Kollege Wagner, zu die Ausführungen Ujohlds die Bemerkung machen, „gleiche Brüder, gleiche Kappen“, was eine kleine Erregung unter den Anhängern Ujohlds hervorrief.

Kollege Schirmer wies in seinen Ausführungen die allgemeinen Redensarten der sozialdemokratischen Diskussionsredner zurück und betonte, daß in keinem Parlament so viel für die Arbeiter getan würde, wie gerade in Bayern. In persönlichen Bemerkungen glaubten die Genossen Schmitt und Ujohld nochmals ihre Kenntnisse zum Besten geben zu müssen, wurden jedoch vom Referenten im Schlußworte eines andern befehrt.

Die Versammlung wurde mehrere Male von den anwesenden Genossen und Gelben in einer Art und Weise gestört, die lediglich darauf abzielte, die Versammlung zu sprengen. An dem Benehmen konnte man ohne weiteres die „Erziehungsbewegung“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften wahrnehmen. Trotz fünfständiger Dauer kamen die Herren Genossen jedoch nicht auf ihre Rechnung und viele Arbeiter waren es, die sich daraufhin entschlossen, eine Änderung ihrer leitenden Verbandszugehörigkeit vorzunehmen. Somit wäre auch dieser Anlauf ein Erfolg für unsere Sache!

### Sterbetafel.

- Köln-Koll.** Am 30. Dezember starb un'er treuer Kollege Paul Ujohf, Kernmacher, im Alter von 67 Jahren an Influenza.
- Reheim-Gönnau.** Am 29. Dezember starb unser Kollege Heinrich Dümpelmann an Merenleiden im Alter von 29 Jahren.
- Reheim-Sundern.** Am 13. Dezember starb unser Kollege Wilhelm Förster im Alter von 59 Jahren.
- Cassel.** Am 6. Januar starb unser Vertrauensmann Kollege Christoph Meh im Alter von 38 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.

Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungstafel.

- Kollegen und Kolleginnen!  
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 18. Januar.**
- Barmen.** Generalversammlung, mit Vorstandswahl abends 8.30 Uhr bei Lindermann, Oberbörnerstraße. Alle müssen er'treten.
  - Bremen.** Generalvers. 8.45 Uhr im Cotoffem, Tästerstraße 1.
  - Dortmund-Westfalia.** Abends 7 Uhr bei Hoffmann.
  - Dortmund-Zelm.** Abends 6.30 Uhr bei Bant.
  - Düsseldorf-Vill-Friedrichstadt.** Generalvers. abends 9 Uhr bei Wagners, Viktoria-Allee — Ecke Kronenstraße.
  - Düsseldorf-Gilden.** Generalversammlung abends 9 Uhr bei Prutz (Leudtensberg), Kaiser-Wilhelmstraße.
  - Düsseldorf-Gere-Sheim.** Generalvers. abends 9 Uhr bei Manfraz, Grünlicherstraße 18.
  - Elberfeld-Sonnborn.** Generalvers. bei Schmidt, Kaiserstraße 178.
  - Freiburg.** Abends 8.30 Uhr im Gaunterbräu, Schiffsstraße 7.
  - Köln-Lindenhal.** Abends 9 Uhr bei Sabelier, Bachemerstraße 120, Generalversammlung.
  - Köln-Nickendorf.** Abends 9 Uhr bei Blummermann, Hochstraße.
  - Köln-Simboldt-Konion.** Abends 8.30 Uhr bei Auth, Walfstraße.
  - Köln-Voll.** Abends 8.30 Uhr bei Fahrenberg, Hauptstraße 28.
  - Milbe.** Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenbach, Wörberstraße.
  - Reheim 3. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr bei Hühnsch, Hauptstraße.
  - Münster.** Abends 8 Uhr Generalvers. mit Jahres- und Kassenericht und Neuwahl der Verwaltung im Gefellenhause.
  - Regensburg.** Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche.
  - Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König.
  - Stuttgart-Gaunstatt.** Abends 8.30 Uhr im Lokale des ev. Arbeitervereins.

### Sonntag, den 19. Januar.

- Augsburg.** Vorm. 9.30 Uhr in der „Schützenhalle“.
- Altötting.** Vorm. 9.30 Uhr Generalvers. mit Rechnungsbericht und Neuwahl.
- Boelcheide.** Nachm. 5 Uhr bei Hennemann, Karlsbüh, mit Familie Bromberg. Generalvers. nachm. 2 Uhr. Erscheinen aller — auch der Jugendlichen — Ehrenfache.
- Dortmund-Witten.** Vorm. 11 Uhr bei Wiede, Auguststraße.
- Quisburg-Ortsverwaltung.** Nachm. 3 Uhr im Gefellenhaus, Josefshaus in Duisburg, Jahresgeneralversammlung. Der Verbandsvorsitzende Kollege Wiedler und unser Bezirksleiter Kollege Girffler werden erscheinen.
- Düsseldorf-Minacren.** Generalvers. vorm. 11 Uhr bei Boofen, Hofstraße 69.
- Düsseldorf-Menk.** Generalvers. vorm. 11 Uhr bei Hof.
- Düsseldorf-Kreth.** Generalvers. vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße.
- Düren.** Vorm. 11 Uhr bei Klunenberg, Pflumpstraße.
- Eisen-Probuhauen.** Generalvers. abends 7 Uhr bei Pottinger.
- Eisen-Neillinghauen.** Generalvers. vorm. 11 Uhr bei Sörner.
- Eisen-Schroth.** Generalvers. abends 7 Uhr bei Sangerberg.
- Freudenberg.** Generalvers. mit Jahresbericht und Neuwahl abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Bahnhofsstraße. Vollständiges Erscheinen notwendig.
- Gelsenkirchen-Süllen.** Morgens 11 Uhr bei Nachbarschulte.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Morgens 11 Uhr bei Wegener.
- Geilighaus.** Generalversammlung vorm. 11.30 Uhr bei Witte Rippversand.
- Ingolstadt.** Vorm. 10 Uhr Vorm. u. Betr.-Sitzung im kath. Vereinshaus. Ref. Bezirksleiter Kollege Kournd.
- Karlsruhe.** Generalvers. nachm. 3.30 Uhr im Palmgarten.
- Köln-Chrenfeld-Jugendliche.** Morgens 11 Uhr im Vereinshaus E. Peter.
- Lippstadt-Ortsverwaltung.** Generalvers. nachm. 5.30 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Oker a. S.** Generalvers. mit Jahresbericht und Vorstandswahl abends 8.30 Uhr bei G. Bod. Woll. u. pünktliches Erscheinen notwendig.
- Oberischladi.** Generalvers. im Bayerischen Gasthause.
- Siegburg.** Morgens 11 Uhr in Minoriten, Kronprinzstraße.
- Stein.** Generalvers. vorm. 9 Uhr in der Fismundbrauerei.
- Wehringhauen.** Vorm. 11 Uhr bei Fritz Simon, Langestr. Generaiv

### Montag, den 20. Januar.

- Flensburg.** Generalvers. mit Vorstandswahl abends 8.30 Uhr bei C. Hobe, Marienstraße 1. Ref. Koll. Dögler.
- Mittwoch, den 22. Januar.**
- Welfert-Formet.** Abends 8.30 Uhr bei Fehltner, Kirchstraße 12.

### Samstag, den 25. Januar.

- Berlin.** Abends 8.30 Uhr in Schütz-Festhalle, Am Königgraben 14a
- Berlin-Oberischladi.** Abends 7 Uhr bei Ullrich.
- Eisenach.** Abends 8.30 Uhr im Weimartischen Hof.
- Elbingen.** Generalvers. abends 8.30 Uhr in der „alten Krone“. Att sind bis zum 18. beim Vorstand schriftl. einzureichen.
- Hamburg.** Abends 8.30 Uhr in Willeris Gesellschaftshaus, Rohlfhöfen 27.
- Hassle.** Abends 8.30 Uhr bei Menu („Deutsches Haus“).
- Köln-Stadt.** Abends 8 Uhr „zur Kaiserstraße“, Steinmarkt 18.
- Köln-Denk.** Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freiheitstraße.
- München, Bezirk Schwabing.** Generalvers. vorm. 10 Uhr bei Gröber, Angererstraße 22.
- Revisce.** Abends 8.30 Uhr bei Veitshaus, Wilhelmstraße 30.
- Siegtal-Indwigsburg.** Abends 6 Uhr bei Weimann.
- Welfert.** Abends 8.30 Uhr bei Fehltner, Kirchstraße 12.

### Sonntag, den 26. Januar.

- Buchholz.** Vorm. 11 Uhr bei Küpper, Düsseldorfstr. Generalvers.
- Danzig.** Generalvers. nachm. 2 Uhr im St. Josefshaus.
- Dortfen.** Morgens 11 Uhr bei Güter.
- Quisburg.** Generalvers. vorm. 11 Uhr bei Küpper, Banheimstr.
- Quisburg-Banheimerort.** Nachm. 7 Uhr bei Raffiwe, Stickerstr.
- Durlach.** Generalvers. nachm. 3.30 Uhr im Babuhof.
- Düsseldorf-Oberbilk.** Generalvers. vorm. 11 Uhr bei Mölges, Elerstraße 168.
- Düsseldorf-Verften.** Generalversammlung. vorm. 11 Uhr bei Kusen, Buchscheiderstraße.
- Düsseldorf-Solthauen.** Generalversammlung. vorm. 11 Uhr bei Blau, Düsseldorfstraße 232.
- Düsseldorf-Ratigen.** Abends 8 Uhr Festversammlung. Erscheinen aller Kollegen Pflicht.
- Eisen-Ortsverwaltung.** Generalvers. vorm. 10.30 Uhr im Vereinshaus Eisen-West, Unterdorfstraße. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.
- Glabbek.** Nachm. 3.30 Uhr bei Rietpot (christl. Gewerkschaftshaus).
- Serbeck.** Vorm. 11 Uhr bei G. Bieri, Hauptstraße.
- Ingolstadt.** Generalvers. vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus. L.-D. Jahresbericht des Vorstandes, Kassenericht, Neuwahlen, Bericht des Verbands.
- Köln-Chrenfeld.** Morgens 11 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße.
- Kreisfelden.** Abends 8 Uhr bei Schleppe, „Am Stern“.
- Troisdorf.** Morgens 10.30 Uhr bei Stütten in Troisdorf.
- Wetter.** Vorm. 11 Uhr im evangel. Vereinshaus.
- Zanten.** Abends 8 Uhr bei Pomboy mit Frauen.